

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Wirtschaftsrevue. 1950-1951 1950

27 (5.7.1950)



Generaldirektor Dipl.-Ing. Heino Nordhoff wurde am 3. 7. 1950 anlässlich der 250-Jahr-Feier der Technischen Hochschule Carolo-Wilhelmina zu Braunschweig in Anerkennung seiner Verdienste um die deutsche Wirtschaft zum Ehrendoktor promoviert. Generaldirektor Nordhoff wurde am 4. Januar 1939 in Hildesheim geboren und besuchte dort das Hain-Gymnasium. Anschließend ging er an die Technische Hochschule in Berlin-Charlottenburg und begann seine Laufbahn — nach Abschluss über Studien mit einer Arbeit über den Kranbau — als Konstrukteur im Flugzeugbau der Bayerischen Motorenwerke in München. 1939 übernahm Nordhoff bei der Adam Opel A.G. in Rüsselsheim zunächst die Organisation des Kundendienstes und wird später technischer Berater der Verkaufsstellen. Die Opel A.G. berief ihn dann nach längerer Auslandszeit bei General Motors in den USA in ihren Vorstand und betraute ihn 1945 mit der Gesamtleitung der größten europäischen Lastwagenfabrik der Opelwerke in Brandenburg. Erst die völlige Demontage dieses Werkes setzt seiner dortigen Tätigkeit ein Ende. Nach dem Krieg widmet sich Nordhoff wieder verschiedenen Aufgaben in der Verkaufsförderung der Opelwerke, bis er Anfang Januar 1948 als Generaldirektor die Gesamtleitung des Volkswagenwerkes übernimmt. Der Aufbruch des Volkswagenwerkes unter Leitung von Nordhoff ist bekannt. Schon im ersten Jahr seiner Tätigkeit stieg die Volkswagenproduktion um das Doppelte und erreichte im nächsten Jahr das Stadium, der Export nach fast allen Ländern Europas und Südamerikas wurde unter Nordhoffs Leitung planmäßig ausgebaut und macht heute rund 85% aller Exporte Niederfahrzeuge aus Nordhoff wieder gerade diese Aufgabe seine besondere Aufmerksamkeit zu, weil er mit großem Nachdruck den Standpunkt vertritt, daß ein ausreichender Export von Industrie-Erzeugnissen für die deutsche Wirtschaft eine Frage von Sein oder Nichtsein ist.

Die aktuelle Reportage dieser Ausgabe auf S. 8 ist dem Karlsruhe-Rheinstraßen gewidmet.

Seine Majestät, der Kunde

Zwei Beschlüsse, die den Einzelhändler betreffen, sollen hier gemeinsam unter die Lupe genommen werden.

Auf einer in Godesberg abgehaltenen Sitzung des Betriebs des Einzelhandelsverbandes Nordrhein-Westfalen wurde angeregt, daß der Verkauf von Tabakwaren in Gaststätten und Trinkhallen außerhalb der üblichen Ladenzeiten mit einer zusätzlichen Handelszeit von 20% erfolgen soll. Es wäre leicht, diesen seitens des Verbands schon mit dem Hinweis auf die technische Undurchführbarkeit zu torpedieren; denn wie soll das kontrolliert werden, wie viel zusätzliche Besätze würde man brauchen, um dies zu kontrollieren und wieviel Schließensmöglichkeiten würde es nicht geben? Das Prinzipielle an dieser Forderung interessiert uns viel mehr. Die Einzelhandelsverbände bemühen sich teilweise allein, teilweise durch Vorschub einer Industrie- und Handelskammer, dem freien Wettbewerb zu behörden, um sie können. Man ist versucht, an die glorreiche Zeit des Dritten Reiches zu denken, als man dem Handel eine Funktion geben und als man ausgesprochen den Handel zum Verfall machen wollte. Der neue Vorschlag soll den Kunden bestrafen, der nicht rechtzeitig in einem autorisierten Tabakladen sein Zigarettenquantum für den Abend gekauft hat. Das nennt man dann Dienst am Kunden.

Oder nun, es ist ja eben kein Kunde des autorisierten Tabakladens, sondern durch seine Verpöpfung ist dieser dochwirdige späts Käufer Kunde der Gaststätte oder der Trinkhalle geworden. Das muß mit allen Mitteln verhindert werden.

Es gab im Dritten Reich einmal einen Streit darüber, ob der Tabakverkauf durch Automaten vor seiner Tür aufstellen sollte. Die den Kunden nach nach Geschäftsschluß bedienen konnten. Es ist damals ernsthaft erwogen worden, der Einzelhändler dürfte in eigenen Interesse keine Automaten aufstellen, denn sonst bewiese er ja, daß er keine Funktion habe und daß das Kundenbedienen ja auch ein Automaten ausführen könne.

Man verliere eine solche Bemerkung nicht. Sie können von selbst, wenn man so merkwürdige Forderungen hört. Es gibt übrigens bereits Vorschriften, die im Prinzip auf das gleiche hinauslaufen. So gibt es Städte, in denen der Tabakverkauf verboten ist, sonntags Tabakwaren zu verkaufen. Deutschland ist nun das Land der Verbote, und wir haben uns damit schon vor dem Krieg den Weltfuß der Lächerlichkeit verschafft. Vom Geist der Gewerbebetriebe spüren wir kaum einen Hauch. Das gleiche gilt für die ärztlichen Vorschriften des Sommerurlaubes. Dafür ein Beispiel: In einem der deutschen Bundesländer, in der Region des Sommerurlaubes auf dem 11. Juli festgesetzt worden. Man hat auf der einen Seite vorgelagert

WIRTSCHAFTSREVUE

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DIE DEUTSCHE WIRTSCHAFT

Nr. 27 — 5. Jahrgang Verlagsgesamt: Kottbusen Karlsruhe, 5. Juli 1950 Preis 50 D-Pfennige

Produktion steigt weiter

Aber Aufwärtsbewegung verlangsamt sich - Preise sinken noch - Konkurse nehmen zu Börsen trotz allem widerstandsfähig - Lastenausgleich droht wieder - Sonderbare Kapitallenkung

Welche Wirkung hatte bis jetzt der Korea-Krieg auf die Wirtschaft? Das ist die Frage, die wir uns heute hier stellen wollen. Was sagen an dieser Stelle in der vorigen Ausgabe, daß dieser Krieg keine Wirkung gehabt habe. Diese Ansicht ist inzwischen bestätigt worden von den Warenmärkten, nicht bestätigt worden von der New Yorker Börse. Die Warenmärkte haben sich international kaum bewegen lassen, nur Kautschuk hat seine Preise fortgesetzt. Nach der Entwicklung der letzten Zeit war dies aber zu erwarten und der Korea-Krieg hat vielleicht nur noch einen zusätzlichen Akzent gesetzt. Nicht einmal die Metalle sind gestiegen, obwohl man dies vielleicht doch hätte erwarten können. Dagegen sind in der vergangenen Woche an der New Yorker Effektenbörse 2 schwarze Tage zu verzeichnen gewesen, und das gesamte Kursniveau ist etwa um zehn Prozent zurückgegangen. Auch hier wird man sagen müssen, daß der Korea-

Krieg der Anlaß, aber nicht der Grund für diese Baisse gewesen ist. Was hat schon lange damit gerechnet, daß die überhöhten Kurse in New York einmal revidiert werden; dann selbst bei optimistischer Betrachtung der Wirtschaftslage der USA waren die Kurse an der Effektenbörse zu hoch. Es bedurfte also nur eines irgendwie gearteten Unruhemomentes, um diese Höhenlinie zum Platzen zu bringen. Der Korea-Krieg bot den Anlaß. Sieht man sich aber die anderen internationalen Börsen an, wo kein Grund für eine Baisse gegeben war, dann blieb sie auch aus. Die Pariser Börse war sogar ausgesprochen grandios, obwohl doch in den ersten Tagen des vorigen Woche in Frankreich noch Begierungen herrschten. Auch die Londoner Börse war ein bisschen unruhig, aber keineswegs ausgesprochen schwach (auf die deutschen Börsen kommen wir noch).

Fehlspekulationen

Es stimmt also zunächst einmal nicht, was die kommunistische Agitation so gern behauptet, daß in den sogenannten kapitalistischen Ländern ein Krieg wirtschaftsbeschleunigend wirkt und die Aktien in die Höhe treibt, wobei man natürlich besonders an die Rüstungspapiere denkt. Der Krieg ist vorläufig lokalisiert und spielt sich in einem Territorium ab, in dem ein großer Materialverschleiß kaum zu erwarten ist.

Etwas anderes dagegen wäre zu erwarten und spielt sich schon hier und da durch die internationale Presse. Die Reaktion der USA auf die Ereignisse in Korea erstreckt sich ja nicht nur darauf, Truppen dorthin zu entsenden, sondern läßt eine ganze Kette von Verteidigungs- und Vorsichtsmaßnahmen aus, die zunächst auf das Militärische beschränkt geblieben sind. Es kann nun wohl sein, daß diese militärischen Vorsichtsmaßnahmen auch wirtschaftliche Folgen, etwa eine Steigerung der Rüstungsproduktion und eine Erhöhung der strategischen Rohstoff- und Nahrungsmittelreserven. Daß dafür bis jetzt noch keine Anzeichen vorliegen, beweist das Stahlbleiben der Metallpreise. Es ist auch z. B. gar nicht so leicht möglich, die Stahlproduktion in den USA zu erhöhen, da ja die Kapazität bereits zu 102 Prozent ausgenutzt ist. Auch der hier und da schon zu hörende Optimismus in Hinsicht auf die Steigerung der europäischen Produktion in diesem Zusammenhang dürfte verfrüht sein. Das Steigen der Weizenpreise in den USA in der letzten Woche ist darauf zurückzuführen, daß die USA-Regierung voraussichtlich den Ankaufspreis für die neuen Ernte erhöhen wird. Auf der anderen Seite hat Argentinien den Weizenpreis um 10 Prozent gesenkt, aber dieser Weizen ist nur einen Dollar zu haben, während also für die Länder mit weicher Währung nicht.

In dieser Nummer:

- Kräftiger Anstieg des Elektro-Außenhandels
- Immer noch große Kreditlücke
- Amputierte Berliner Industrie
- Arbeitsvertragsgesetz Änderungsbedürftig
- Spanisch-Italienischer Quecksilberkrieg?
- Industrieanleihe in England
- Holland auf dem Wege zur Industrialisierung

zu Börsen die Tendenz einheitlich war. Es gab da z. B. einen Tag, an dem Stuttgart fest, München stetig und die anderen deutschen Börsen schwächer waren. Es fällt außerdem immer mehr auf, daß der Kurs eines Papiers erhebliche Unterschiede zeigt, je nachdem an welcher Börse dieses Papier gehandelt wird.

Ein ganz guter „Job“

Nach einer Aufstellung des „Christians Science Monitor“ bezahlte Deutschland ausländischen Reedereien weit über eine Milliarde Dollar jährlich an Frachtkosten für den Transport seiner Ein- und Ausfuhrwaren, davon geht der größte Teil an die amerikanischen Schiffslinien für den Transport von Marshall-Plan-Gütern. Daß diese Transportkosten nicht gerade billig sind, wissen wir. Etwa 15 bis 20% der für den Marshall-Plan gewährten Beihilfen fließen an die Transportunternehmungen. Solange diese Güter nach Deutschland verfrachtet werden, wird Deutschland kaum erwarten dürfen, seine eigenen Schiffe für diesen „Job“ einsetzen zu dürfen. Damit wird aber gleichzeitig offenbar, warum Deutschland keine Lockerung der bisherigen Schiffsverkehrsbeschränkungen in höherem Ausmaß erreichen kann. Es ist also weniger das Sicherheitsbedürfnis der Alliierten, das uns zwingt, Maßnahmen vorzuziehen, die die Schiffsverkehrsbeschränkungen werden so gehandhabt, daß wir nicht einmal Schiffe für ausländische Rechnung auf Kiel legen können, die in Größe und Schnelligkeit den modernen Erfordernissen entsprechen.

Deutsche Börsen uneinheitlich...

Die deutschen Börsen haben zwar auch auf den Korea-Konflikt reagiert, aber die Schwäche, die in der vergangenen Woche aufblühte, hat tiefere Ursachen. Die Korruption und die tiefere Ausbildung ist an den deutschen Börsen viel von Zufälligkeiten abhängig, weil die Umsätze nicht allzu groß sind. Eine kleine Beunruhigung und ein paar Verkaufserlöse mehr lassen erhebliche Schwankungen ausfallen. Gerade in der vergangenen Woche konnte man feststellen, daß nicht einmal von Börse

Politik und Wirtschaft

Es wird heute so leichtfertig gesagt, die Politik sei in doch immer nur von der Wirtschaft bestimmt und diktiert. Auch der Schuman-Plan „regelt“ unter der Devisen- politische Einigung durch wirtschaftlichen Zusammenhalt.

Diese Behauptungen sind nicht nur gefährlich, weil sie kommunistische Parolen bestätigen würden, sondern auch weil sie zu falschen Schlüssen, also zu einer falschen Beurteilung der tatsächlichen Entwicklung führen. Es ist wohl richtig, daß wir im Zuge einer gewissen Wahrung in den letzten Jahrzehnten weniger geworden sind, materielle Gründe für praktisch alles, was das Volkstum betrifft, zu suchen und auch zu finden. Dabei wird, ohne weiter nachzudenken, die Wirtschaft als etwas Materielles betrachtet. Aber liegt der gleiche Denkfehler vor, wie wenn man den dialektischen Materialismus eben als Materialismus versteht. Das ist es nicht. Es gibt Idealisten, die sich für den Materialismus einsetzen und es gibt Materialisten, die sich für Ideale einsetzen.

Es würde hier zu weit führen, die Beweise aufzuführen dafür, daß Gegenüber sich gegenseitig als Materialisten bezeichnet haben und bezeichnen konnten. Im Zusammenspiel der Völker sind aber mehr Momente zu beachten als im Spiel einzelner Menschen gegenüber.

Es hängt an den Völkern nicht nur die Vergangenheit, die man auch Geschichte nennt, es gibt auch Triebe, die sogar einmal — trotz Vergangenheit — zueinander führen können. Es wird immer klarer, daß die europäischen Zusammenarbeiten wirklich von den Völkern gewünscht wird. Das darf uns aber nicht dazu verleiten, zu glauben, daß sie durch einen wirtschaftlichen Zusammenbruch erreicht wird. Nicht einmal befestigt wird — es unbedingt dadurch. Noch immer haben geistige Kräfte über materielle Notwendigkeiten und Zweckmäßigkeiten die Vorkommen beherrscht. Selbst der beste und vernünftigste wirtschaftliche Zusammenhalt würde nicht halten, wenn der Wille zu einem Zusammenarbeiten der Völker überhaupt erlöschen würde. Keine es nach einem längeren wirtschaftlichen Zusammenbruch, wenn es nicht ein besonderer Umstand gesteuert hätte, das gleiche Verfahren gegen die unrationale Schaffahrt in Anwendung zu bringen. Bei der Anlegung der Berliner Wasserwege hat man ebenfalls nicht der Möglichkeit Rechnung getragen, daß die Hauptstadt Deutschlands eines Tages eine Viersektorenstadt werden würde, und so führen denn diese Wasserwege mit Unversehrtheit durch die von den Westalliierten besetzten Sektoren der Stadt. Man ging also dazu über, die nationale Schifffahrt an den Westberliner Schienen gleichfalls einer Kontrolle der Ladepapiere und auch der geladenen Güter zu unterstellen. Es blieb damit nicht aus, daß sich Veränderungen in der Abfertigung der Kähne ergaben, und gleichzeitig kamen bis zu 70 und mehr Kähne vor den Schleusen. Das war der sowjetischen Besatzungsmacht um so unangenehmer, als sich darunter auch Kähne mit sowjetischen Reparationsgütern für Stettin befanden. Selbstverständlich ist das Verfahren, das man nun in Westberlin in Anwendung brachte, keine Entlastung bei der sowjetischen Besatzungsmacht, sondern eine in einem Schreiben an die westalliierten Besatzungsmächte wandte um um Aufhebung des „Schiffens“ des Westberliner Magistrats eruchte. Man behandelte hoffentlichweise von westallierter Seite dieses Schreiben einigermassen kühl, denn in Westberlin warteten immer noch die Schrot-

brochen dieser wirtschaftlichen Zusammenarbeiten steigen.

Wir gehen sogar so weit, zu sagen, daß nicht einmal ein wirtschaftlicher Zusammenschluß oder eine europäische Zahlungsunion mit Sicherheit Zeichen einer europäischen Verständigung sind. Solche Zusammenschlüsse können zweckmäßig sein und können sich auch in diesem Zweck bewähren, aber — und damit kommen wir wieder auf die Politik von heute — wäre der Beitritt Englands zur europäischen Zahlungsunion ein Beweis dafür, daß England europäisch zu denken bereit ist? Genau so kann andererseits ein europäisches Land sich weigern, der Zahlungsunion beizutreten, weil sie sie nicht zweckmäßig für sich hält, und trotzdem kann dieses Land im übrigen sehr europäisch denken und bereit sein, für dieses Europa sich einzusetzen.

Für gewisse Dinge gibt es edel keine handfesten Beweismittel, und die Bewährung liegt in der Durchhaltbarkeit des Gedankens, nicht aber im Fortbestehen irgend einer Organisation. Gerade moderne Institutionen pflegen ein viel längeres Leben zu haben als die Idee, die zu ihrer Gründung geführt hat, und der Wille, sie bestehen zu lassen.

Pflegen wir also in erster Linie den Gedanken und den Willen zur Zusammenarbeit, dann wird auch das andere gegeben werden.“

Berliner Brief: „Kleine Metallblockade“ ohne Schutz

Wie schnell man die sowjetische Besatzungsmacht dazu bringen kann, den realen Tatsachen Rechnung zu tragen, hat sich in den letzten Tagen und Wochen gezeigt. Bekanntlich wurden seit Wochen in Wittenberge von den Sowjetischen Lastkähnen mit Schrott aufgehalten, die für Hamburg bestimmt waren. Unter den federndsten Vertretern der westlichen Wirtschaft in Westberlin verbanden sich, um die Wittenberger Kähne, und so waren wahrscheinlich immer noch nicht an ihrem Bestimmungsort eingetroffen, wenn es nicht ein besonderer Umstand gesteuert hätte, das gleiche Verfahren gegen die unrationale Schifffahrt in Anwendung zu bringen. Bei der Anlegung der Berliner Wasserwege hat man ebenfalls nicht der Möglichkeit Rechnung getragen, daß die Hauptstadt Deutschlands eines Tages eine Viersektorenstadt werden würde, und so führen denn diese Wasserwege mit Unversehrtheit durch die von den Westalliierten besetzten Sektoren der Stadt. Man ging also dazu über, die nationale Schifffahrt an den Westberliner Schienen gleichfalls einer Kontrolle der Ladepapiere und auch der geladenen Güter zu unterstellen. Es blieb damit nicht aus, daß sich Veränderungen in der Abfertigung der Kähne ergaben, und gleichzeitig kamen bis zu 70 und mehr Kähne vor den Schleusen. Das war der sowjetischen Besatzungsmacht um so unangenehmer, als sich darunter auch Kähne mit sowjetischen Reparationsgütern für Stettin befanden. Selbstverständlich ist das Verfahren, das man nun in Westberlin in Anwendung brachte, keine Entlastung bei der sowjetischen Besatzungsmacht, sondern eine in einem Schreiben an die westalliierten Besatzungsmächte wandte um um Aufhebung des „Schiffens“ des Westberliner Magistrats eruchte. Man behandelte hoffentlichweise von westallierter Seite dieses Schreiben einigermassen kühl, denn in Wittenberge warteten immer noch die Schrot-

„Kleine Metallblockade“ ohne Schutz

Wie schnell man die sowjetische Besatzungsmacht dazu bringen kann, den realen Tatsachen Rechnung zu tragen, hat sich in den letzten Tagen und Wochen gezeigt. Bekanntlich wurden seit Wochen in Wittenberge von den Sowjetischen Lastkähnen mit Schrott aufgehalten, die für Hamburg bestimmt waren. Unter den federndsten Vertretern der westlichen Wirtschaft in Westberlin verbanden sich, um die Wittenberger Kähne, und so waren wahrscheinlich immer noch nicht an ihrem Bestimmungsort eingetroffen, wenn es nicht ein besonderer Umstand gesteuert hätte, das gleiche Verfahren gegen die unrationale Schifffahrt in Anwendung zu bringen. Bei der Anlegung der Berliner Wasserwege hat man ebenfalls nicht der Möglichkeit Rechnung getragen, daß die Hauptstadt Deutschlands eines Tages eine Viersektorenstadt werden würde, und so führen denn diese Wasserwege mit Unversehrtheit durch die von den Westalliierten besetzten Sektoren der Stadt. Man ging also dazu über, die nationale Schifffahrt an den Westberliner Schienen gleichfalls einer Kontrolle der Ladepapiere und auch der geladenen Güter zu unterstellen. Es blieb damit nicht aus, daß sich Veränderungen in der Abfertigung der Kähne ergaben, und gleichzeitig kamen bis zu 70 und mehr Kähne vor den Schleusen. Das war der sowjetischen Besatzungsmacht um so unangenehmer, als sich darunter auch Kähne mit sowjetischen Reparationsgütern für Stettin befanden. Selbstverständlich ist das Verfahren, das man nun in Westberlin in Anwendung brachte, keine Entlastung bei der sowjetischen Besatzungsmacht, sondern eine in einem Schreiben an die westalliierten Besatzungsmächte wandte um um Aufhebung des „Schiffens“ des Westberliner Magistrats eruchte. Man behandelte hoffentlichweise von westallierter Seite dieses Schreiben einigermassen kühl, denn in Wittenberge warteten immer noch die Schrot-

Lastzüge werden angehalten, zurückgeschickt oder sogar ihre Ladung beschlagnahmt. Als Begründung zu diesen Maßnahmen hat man sich eine einfache Formel ausgedacht: Wenn man die Verladeplätze nicht besetzt haben kann, dann behauptet man, daß sich in der Ladung aus der Ostzone gestohlene Metalle befinden. So wurden kürzlich von 2880 t Altmittel 136 t beschlagnahmt, besser gesagt, widerrechtlich enteignet. Hier besteht offenbar für den Westberliner Magistrat keine Möglichkeit, wie sie auf dem Gebiet der Schifffahrt genutzt wurde. Die Sowjets haben also freie Hand, und es sieht über so aus, als wenn es wenig an „freundschaftlichen Beziehungen in Karlsruhe“ in dieser Angelegenheit interessiert seien. Enttäuscht ist es immerhin, daß die westlichen Alliierten, die vielleicht dazu in der Lage wären, nach diesem ähnlichen Mißbrauch der sowjetischen Besatzungsmacht abzuwehren, offenbar wenig an dieser die Westberliner Wirtschaft immens erheblich berührenden Frage interessiert sind. Vielleicht ist der Grund hierfür darin zu suchen, daß im Falle des Schrotts der englischen Eisenindustrie ein ungehindertes Belegen des deutschen Schrotts gegeben war, und daß man aus diesem Grund eine Verständigung mit dem Russen begründet hat. Der Fall lag ja auch einfacher, denn man konnte mit gleicher Münze heimzahlen.

Man sollte sich aber auf verstellter Seite überlegen, ob es nicht eine Möglichkeit gibt, auch die für den Westberliner Altmittelhandel ständigen Auswirkungen der unerträglichen Beschränkungen an der Zollzone sowie die schwebende Natur sind, abzuwehren. Zweifellos könnten die westlichen Mittel und Wege finden, dies zu erreichen. Unter den gegenwärtigen Umständen steckt jedenfalls das Altmittelgeschäft zwischen Westberlin und dem westdeutschen Umverteilungsbetrieb vollständig.



deutlich wird. Das Arbeitsvermögen ist noch keineswegs wieder voll im Gange.
 Greißel ist in der vergangenen Woche an den Börsen viel über Kursen gesprochen worden, aber die Lustlosigkeit und Unsicherheit kommt nicht allein daher. Die hohen Blauflechte der Länder und des Bundes, die schlechte Finanzlage der Deutschen Bundesbahn, deren Verschuldung um 100 Mill. DM zugenommen hat, und der Bericht des Bundesarbeitsministeriums, daß die bisherige Entlastung des Arbeitsmarktes fast ausschließlich auf Neuinstellungen jahresmittels bedingt sei, sind die Ursachen für die Unsicherheit. Das sich die Arbeitsbeschaffungsprogramme erst im geringen Umfang auswirken konnte, waren Faktoren, von denen kaum eine neuwertige Anregung erwartet werden konnte.

... aber widerstandsfähig
 Deshalb sind auch bei Monatsbeginn die Kurse nur in sehr geringem Umfang erneuert worden. Trotzdem hat sich die Börse widerstandsfähig gezeigt. Wir wollen mit folgenden Gegenüberstellungen zeigen, wie stabil die Kurse geblieben sind. Wir vergleichen die Kurse vom 30. 6. mit denen vom 23. 6., die wir in Klammern setzen:

Rheinbraun 92 (92), RWE 79 (79), VAG & Haffner 120 (120), Weyer & Freytag 115 (115), Feldmühle 77 (77), Harburger Gamma 110 (109), Hoffmann Stärke 87 (82), Südzucker 38 (39), Kabel Rheide 54 (53), BSW 29 (27), Hauptwerke Flüssen 125 (125), Rathgeber 28 (28), Würzburger Hofbräu 43 (41).
--

Gelitten haben nur die sogenannten schweren Werte, die durchweg 2 bis 3 Punkte verloren. Auf den Börsen am Montag setzte sich im allgemeinen wieder eine freundliche Tendenz durch, jedenfalls in Frankfurt, Hamburg und sehr ruhig, München, Mannheim und in Stuttgart war immer noch Neigung zu kleinen Realisierungen festzustellen. Am Montag notierten Stahlverein 45, Mannesmann 48, Klockner 54 (verloren also 2½ Punkte), Winterhall 49½, Salzfahrt 67½, AEG 23½, Siemens 41, RWE 74 (gewann also 1 Punkt), Daimler 43, BMW 25½, Holmann 28½, Degussa 50½. Banken waren feier, Dresdner Bank 19, Deutsche Bank 20½.

Produktion steigt weiter

Es ist sehr schwer, aus dem Gewirr von Meldungen eine Linie zur Beurteilung der Lage zu finden. Was an Meldungen aus der Wirtschaft vorliegt, ist mit Ausnahme des Steigens der Konkurrenz positiv. Wir stellen z. B. fest, daß in Nordrhein-Westfalen ein neuer Nachkriegsrekord bei der Beschäftigtenzahl erreicht wurde, daß im gleichen Jahr von April auf Mai der Export um 12 ½ und der Inlandumsatz um 3 ½ gestiegen ist, daß in Württemberg-Baden die industrielle Produktion von 104 auf 112,5 (1949) gestiegen ist und damit die Produktion heute um 20 ½ höher ist als vor einem Jahr und um 7,5 höher als im November 1949, daß die Sparteisen in Hessen im Mai die 200-Millionen-Grenze überschritten (in den letzten 12 Monaten sind allein 200 Mill. DM geparkt worden), und so geht es weiter. Die Industrieproduktion Niedersachsens hat einen neuen Höchststand erreicht mit einer Indexzahl von 213 (Monatsdurchschnitt I. Halbjahr 1949 = 100). Eigenartigweise aber liegt gleichzeitig ein Bericht der Abteilung Wirtschaftsbeobachtung im Wirtschaftsministerium des Landes Nordrhein-Westfalen vor, der etwas vorsichtiger urteilt. Es wird darin erklärt, daß sich im Monat Mai ebenso wie im Monat April deutlich konkurrenzfähige Auftragsbestände gezeigt hätten, aber das Tempo der Auftragsentwicklung habe sich in Mai verlangsamt. Wörtlich heißt es dann: „Die Auftragsbestände waren nicht in dem Maße, die Wirtschaft allgemein in der erforderlichen Breite zu durchdringen, um so zu einer allgemeinen tragfähigen Auftragsentwicklung in der gesamten Wirtschaft zu gelangen. Die Verbesserung erstreckte sich zum Teil auf die aus Export oder an der Baufähigkeit beteiligten Kreise. Der bestehende Preisdruck wirkt sich ungünstig aus. Der anhaltende Konkurrenzkampf löste relativ zahlreiche Insolvenzen im Gewerbe und Handel aus.“

Wieder droht der Lastenausgleich

Es kommt hinzu, daß die Steuerbelastung immer noch viel zu hoch ist und die betriebliche Kapitalbildung erschwert. Dazu kommt der Unsicherheitsfaktor Lastenausgleich. Der Vorschlag, den Bundesfinanzminister Schäfer gemacht hat, ist vorläufig noch so geheim, daß nicht einmal der Bundesfinanzminister ihn einsehen und dazu Stellung nehmen kann. Es ist aber aus amtlichen Mäulen in diesen Tagen erklärt worden, daß man um eine Vermögensabgabe von 50% nicht herumkommen werde. Nun wissen wir, warum die deutschen Börsen unsicher sind. Wenn es zu einer solchen Lastenausgleichsregelung kommt, dann gibt dies einen schweren Schlag für die Aufwärtsentwicklung. Wenn man dann vielleicht auch noch die „Geschicklichkeit“ besitzt, den Lastenausgleich im Herbst zu verkünden, so ist ein Zeitpunkt also, in dem die Arbeitslosigkeit sowieso zu steigen pflegt, dann können wir noch manche erleben. Eine so starke Belastung der Wirtschaft durch den Lastenausgleich kann mit einem Schlag eine erhebliche Arbeitslosigkeit hervorrufen. Eigentlich sollte man doch durch die Erfahrungen bei der Landwirtschaft gelassen sein. Nicht einmal die Sofortmaßnahmen konnte die Landwirtschaft leisten, und man mußte weitgehend Stundungen gewähren. Das man kann doch nicht behaupten, daß die Preise für landwirtschaftliche Produkte zu niedrig seien.

Kräftiger Anstieg des Elektro-Außenhandels

Die günstige Entwicklung des Außenhandels im Jahre 1949 hat sich im I. Quartal 1950 fortgesetzt. Die einzelnen Monate brachten folgende Ergebnisse:

Monat	Ausfuhr 1950 DM	Einfuhr 1950 DM	Ubersch. 1950 DM
Januar 1950	14 235	3 882	+ 10 353
Februar 1950	14 802	3 104	+ 11 698
März 1950	20 231	4 183	+ 16 048
I. Jan.-März	49 268	11 169	+ 38 099

Gegenüber dem 4. Quartal 1949 ergibt sich auf der Ausfuhrseite eine Zunahme von 28,7% und auf der Einfuhrseite eine solche von 13,7%.

Die Ausfuhrbesserung im I. Quartal 1950 hat auch zu einer Erhöhung des Anteils der Elektroindustrie an der Gesamtausfuhr Westdeutschlands geführt. Während 1949 nur 1,7% der Gesamtausfuhr auf die Elektroindustrie entfiel, lag der Anteil im 4. Quartal 1949 bei 3,2%, im I. Quartal 1950 weiter auf 3,2% zu steigen (1939 0,5%). Trotz dieser wirklich glänzenden Entwicklung ist der Außenhandel der Elektroindustrie jedoch noch immer weit von dem Ergebnisse des Vorkriegsjahrs entfernt. Die erzielten Resultate sind nur ein Bruchteil der Aufnahmefähigkeit, die die Vereinigten Staaten (1949 etwa 530 Mill. Dollar) und Großbritannien (1949 etwa 473 Mill. Dollar) erzielen konnten.

Präzise sind die Ausfuhrergebnisse des Berichtsjahres nach den wichtigsten Artikelgruppen mit der Einfuhr zu zeigen. Lediglich Glühlampen und drahtloses Gerät größere Einfuhr- als Ausfuhrwerte. Die Ursache dürfte in erster Linie in den z. Zt. noch geltenden handelsvertraglichen Vereinbarungen zu suchen sein. Da jedoch infolge der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie der Anreiz für Importe (Jahr und mehr verlorengehen dürfte, kann für die kommenden Monate sich hier mit einem Rückgang der Einfuhr gerechnet werden. Inwieweit es dagegen der inländischen Industrie möglich sein wird, Exportgeschäfte gerade auf diesem Gebiet durchzuführen, läßt sich zur Zeit noch nicht übersehen, da sowohl für Glühlampen als auch für drahtloses Gerät eine Reihe früherer Abnahmehändler eine Eigenfertigung aufgenommen haben.

Die Zusammensetzung der Elektroausfuhr nach Warengruppen hat sich gegenüber dem Jahre 1949 nicht wesentlich verändert. An der Spitze liegen genau wie bisher Schalt- und Sicherungsgeräte, Installationsmaterial (und nicht besonders genannte Apparate von Elektro-Maschinen sowie Kabeln und isolierte Drähte. Dagegen ist der Anteil der Elektromedizin um 2,2% zurückgegangen und wurde von Metall- und Zählvorrichtungen und Magnet-Zündapparaten ersetzt. Automatenüberholgerät. Auch die Ausfuhr von Kohlen- und Graphitzeugnissen für elektrochemische Zwecke nahm anteilsmäßig um 7% ab, während Telegraphen- und Telefonteile mit Draht eine Erhöhung um 3,3% des Gesamtanteils aufwies.

Die westdeutsche Elektroausfuhr zeigt für die europäischen Länder gegenüber 1949 eine Abnahme von über 6%. Wenn auch nur allmählich, so vollzieht sich allem Anschein nach doch die notwendige Ausweitung des bisher noch kümmerlichen Übersee-Geschäfts und damit gleichzeitig eine Anlehnung an die vor dem Krieg bestehende Zusammensetzung der Abnehmerländer Deutschlands.

Nach wie vor sind die Niederlande und Schweden die größten Abnehmer

Artikelgruppen	Ausfuhr		Einfuhr	
	1. Viertel-Durchschnitt	1. Viertel-Durchschnitt	1. Viertel-Durchschnitt	1. Viertel-Durchschnitt
Elektrische Maschinen	4 078	4 940	18,1	3 343
Akkumulatoren und Batterien	398	1 092	2,0	184
Kabel und Drähte	2 030	3 230	10,6	134
Bogenlampen u. Scheinwerfer	39	72	0,1	94
Glühlampen	234	230	0,5	1 109
Telefonteile u. Telegrafenteile	1 033	3 022	4,2	1 096
Draht, Nachrichtensprachdrähte	218	1 066	2,8	1 213
Metall- und Zählvorrichtungen	1 341	4 080	6,3	359
Elektrische Haushaltsgeräte	502	1 498	2,1	63
Elektromedizin	2 218	1 358	8,0	491
Auto-Elektrik	1 033	3 200	4,8	45
Sicherungs- und Signalapparate	345	277	0,8	2
Isolierrohre, ausgenommen	—	—	—	—
Stahlpanzerrohre	68	121	0,3	—
Elektroableitungsgeräte	1 075	2 883	5,2	188
Porzellanisolatoren	944	1 253	2,5	53
Elektrowerkzeuge	476	743	1,5	—
Elektro-Karren	7	44	0,1	—
Schaltgeräte	87	64	0,1	3
Elektro-Lokomotiven	4	579	0,2	—
Elektro-Öfen	1	34	0,1	—
Schaltgeräte, Installationsmaterial u. sonstige, nicht erwähnte	3 353	12 019	34,3	616
Waren der Elektrotechnik insgesamt	25 844	40 238	100	7 440

Abstateländer	Ausfuhr		Einfuhr	
	1. Viertel-Durchschnitt	1. Viertel-Durchschnitt	1. Viertel-Durchschnitt	1. Viertel-Durchschnitt
Belgien-Luxemburg	2 277	3 432	7,0	665
Belgien	44	130	0,3	485
Dänemark	410	963	2,0	11
Finnland	300	879	1,4	—
Frankreich	283	741	1,3	223
Saargebiet	2021	3 195	6,5	1 071
Griechenland	345	1 213	2,0	—
Großbritannien	82	48	0,1	228
Italien	13	13	0,0	—
Irland	30	147	0,3	—
Island	61	108	0,3	—
Japan	358	1 702	3,0	074
Jugoslawien	451	3 285	6,9	—
Niederlande	3 464	8 409	17,0	2 835
Norwegen	1 360	1 854	3,8	2
Oesterreich	1 980	3 357	8,0	138
Polen	279	131	0,2	—
Portugal	150	587	1,2	—
Rumänien	79	95	0,2	1
Schweden	2 935	4 848	9,8	495
Schweiz	103	3 922	3,9	1 288
Spanien	103	227	0,4	2 038
Tschechoslowakei	824	1 209	4,2	2
Ungarn	787	1 383	2,8	7
Europa	32 223	46 650	112,0	6 695
Ägypten	27	183	0,4	—
Mosambik	29	142	0,2	—
Ubrige afrikanische Länder	241	303	0,4	—
Iran	250	501	1,0	—
Türkei	604	2 534	5,1	—
Indien	440	737	1,3	—
Indonesien	198	819	1,1	—
Ubrige asiatische Länder	225	361	1,1	—
USA	254	262	0,5	843
Brasilien	328	779	1,9	1 173
Chile	17	24	0,1	—
Kolumbien	18	44	0,1	—
Uruguay	303	294	0,6	—
Ubrige amerikanische Länder	170	480	1,0	1
Australischer Bund	189	363	1,0	—
Ubrige australische Länder	1	3	0,0	—
Nicht ermittelt	0	—	—	—
Übersee	3 221	6 580	17,0	944
Insgesamt	25 844	40 238	100	7 440

der westdeutschen Elektroindustrie. Die Verlagerung des Anteils der europäischen Länder gegenüber dem der außereuropäischen Länder geht dagegen in erster Linie zu Lasten von Belgien, Luxemburg, der Schweiz, Oesterreich, Norwegen und Frankreich. Die süd-europäischen Länder erhöhten ihren Anteil von 13,8% im Jahre 1949 auf 15,5% im I. Quartal 1950.

Immer noch große Kreditnot

Produktion steigt, Preise sinken weiter — I. u. H.-Kammer Karlsruhe berichtet

Aus dem Wirtschaftsbericht der Industrie- und Handelskammer Karlsruhe für Mai/Juni 1950 entnehmen wir folgende Sätze:

Die Wirtschaftsbelebung scheint anzunehmen. Jedenfalls weist die industrielle Produktion, insbesondere im Maschinenbau, durchweg eine mehr oder weniger steigende Tendenz auf, die hauptsächlich auf eine Zunahme der Exportaufträge zurückzuführen sein dürfte. Erheblich überwiegt berichtet auch die Nahrungs- und Biochemieindustrie von einer Besserung der Lage. Für den Brausektor ist die demnächst zu erwartende Steuersenkung ausschlaggebend für einen erhöhten Bierabsatz, der bisher noch nicht einmal 40% der Vorkriegsproduktion erreicht hat. — Die Betriebskapazität hat sich ungefähr auf der gleichen Höhe wie bisher gehalten und pendelt um 80–90 Prozent herum. — Sowohl der Auftragsbestand als auch die Nachfrage ist nach den uns vorliegenden Meldungen in allen Sparten gut und hat zum Teil zugenommen, was besonders für die Zigarren-, Papier- und Zellstoff-, Papierverarbeitungs- und Elektroindustrie sowie für die Nahrungsmittel- und Textilindustrie zutrifft. Die Nachfrage konnte allgemein befriedigt werden mit Ausnahme von der Zigarrenindustrie. Hier mußten, da die Nachfrage die derzeitige Produktionskapazität übersteigt, vornehmlich für die billigeren Sorten Verkaufsperlen eingeleitet werden. — Entsprechend der günstigen Absatz-Situation zeigt die Umsatzentwicklung durchsichtlich eine steigende Tendenz.

Im Handel ist nach wie vor eine vorsichtige Bedarfsdeckung zu beobachten, und größere Lagerhaltungen werden noch vermieden, doch bewegen sich die Umsätze im großen ganzen in dem gleichen Rahmen, wie im letzten Berichtsjahr. Der Lebensmittel- und Obst- u. Gemüsehandel klagt allerdings über empfindlichen Umsatzrückgang, der z. T. auch bei Haushaltsartikeln zu verzeichnen ist. Das Angebot ist in allen Branchen überreichlich, so daß in Bezug auf die Versorgung keinerlei Schwierigkeiten mehr bestehen. — Der Absatz läßt im allgemeinen zu wünschen übrig; bekanntlich eine Aus-

wirkung des herrschenden Geldmangels einseitig und das sich immer mehr verschärfenden Konkurrenzkampfes andererseits. Von einem lebhaften Geschäftslage berichtet der Schrotthandel. In der Bauwirtschaft macht sich der Mangel an kontinuierlichen Aufträgen weiter nachteilig bemerkbar, so daß verschiedene Entlassungen vorgenommen werden mußten. Die Ursache hierfür ist in erster Linie in den Anlaufschwierigkeiten des Wohnungsbauprogramms zu suchen. Allerdings erwartet man im hiesigen Raum auf Grund größerer Ausdehnungen in diesem Sommer noch eine verstärkte Bautätigkeit. — Der Baustoffmarkt ist gut beschäftigt.

Preisentwicklung

Das Pretniveau ist auch heute noch uneinheitlich. Die Industrie meldet vielfach erhöhte Einkaufspreise hauptsächlich bei Importrohstoffen wie Holz, Zellstoff, Baumwolle, Wolfram, Silber, etc. sowie Kupfer und Zink, was zwangsläufig auch bei den Verkaufspreisen teilweise eine steigende Tendenz auslöst. Für Rohstoffe betragen die Einkaufspreise teilweise heute bereits das zehnfache gegenüber den Vorkriegspreisen. Die Verkaufspreise sind bisher im großen ganzen stabil geblieben mit Ausnahme von Textilien. Hier werden sowohl von der Textilindustrie als auch vom Handel erhebliche Preisrückgänge — ausgenommen Wolle — gemeldet, die überwiegend in der Exportproduktion, dann aber auch in dem steigenden Konkurrenzdruck durch Importe aus der BWH-Zone zu suchen sind. Ebenso wurden in der metallischen Industrie einige Preisrückgänge durchzuführen, was sich bei allen Fertigerzeugnissen weitere Preisrückführungen erzwungen. Trotzdem scheint die rückläufige Preisentwicklung der letzten Monate langsam zum Stillstand zu kommen. Bei Obst und Gemüse hält allerdings der Preisrückgang nach dem Bericht einer maßgeblichen Firma an

und ein großer Teil der Ware mußte sogar unter Einkaufspreis abgesetzt werden. — Auch die Bauwirtschaft klagt weiter über Preisunterbietungen infolge der noch immer ungenügenden Bautätigkeit. Unmittelbar beeinflusst werden diese aber auch durch die vielen mit der Gewerbetätigkeit entstandenen Neugründungen im Baugewerbe. Hinsichtlich der Arbeitsmarktlage haben sich bei Industrie und Handel keine nennenswerten Veränderungen ergeben. Vereinzelt erfolgten Neuinstellungen. Entlassungen meldet lediglich der Baubereich, die aber durch noch für die nächsten Wochen erwarteten Aufträge wieder ausgeglichen werden dürften. — Kräftebedarf besteht im Meisterschwachs für den Textilsektor, an jüngeren Textilfachkräften, Dekorations-, Sortierern und Sortierern für die Zigarettenindustrie sowie Facharbeitern für Maschinenbau (Maschinenbauern und Universalfräsern) — Lohn- und Gehaltsverhandlungen fanden im Rahmen der tariflichen Neuregelungen — vor allem der Angestelltengehälter — rückwirkend ab 1. 4. 1950 statt.

Geld knapp

Die vorliegenden Berichte lassen darauf schließen, daß der Liquiditätsbedarf der Wirtschaft nach wie vor sehr groß ist. Infolgedessen hat auch der Zahlungseinstieg in diesem Berichtsjahr eine schließende Tendenz behalten, obwohl hier und da auch eine leichte Besserung feststellbar ist. Die Wechselhergabe hat sich erhöht, Zahlungseinstellungen sind insbesondere in der Bauwirtschaft zu verzeichnen. Fast durchweg werden langfristige Zahlungsbedingungen, auch von sonst anerkannten und seriösen Firmen, in Anspruch genommen. Die Beschaffung von mittel- und langfristigen Krediten ist infolge der zu geringen Kapitaldecke immer noch das Kernproblem.

Kreditproblem

Die wirtschaftliche Situation im gesamten kann schon mit Rücksicht auf den in den letzten Monaten laufend gestiegenen Produktionsindex keinesfalls

Bonner Großmannssucht

Der Haushaltsausmaß des Bundeslages hat einmal den Maßstab erreicht, weitere Mittel für den Ausbau der Bonner Ministerien zu verweigern. Das macht beim Volke einen guten Eindruck. Es wird aber kaum rechtlich erlangbar, ob und wann weitere Mittel wieder stillschweigend flüssig gemacht werden. Der Haushaltsausmaß hat jedenfalls bisher nicht das erforderliche Rückgrat gezeigt. Als die Voranschläge des sog. „Büro Bundeshaushalts“ laufend überschritten wurden, und zwar sehr beträchtlich, hätte bereits eingeschritten werden müssen. Man hat zwar wie üblich einen Ausschuss zur Prüfung der im Rahmen von Kosten vergeblichen Aufträgen eingesetzt. Dieser Ausschuss prüft seit einiger Zeit gewissenhaft, er verhindert aber nicht die weiteren Kostenüberschreitungen. Bisher ist es unbekannt geworden, daß für den Ausbau des Hauses des Bundespräsidenten vor der Wahl der provisorischen Bundeshauptstadt 100 000 DM veranschlagt worden sind, bisher wurden jedoch bereits mehr als eine Million DM „verbraut“. Wir wissen nicht, warum in diesem Falle der Umbau mehr kostet als ein Neubau, was wir aber wissen, ist, daß wir ein armes Volk sind, dessen Wirtschaft noch nicht ohne ausländische Hilfe auskommen kann. Man hat ferner für das Dienstgebäude des künftigen Bundespräsidenten den Betrag von über 3 Mill. DM vorgeschlagen. Es handelt sich aber, wie wir unterrichtet sind, um eine provisorische Hauptstadt. Es wäre also angebracht, auch dementsprechend zu bauen.

Auf den ausländischen Besucher macht es jedenfalls einen günstigen Eindruck, wenn unsere Behörden sich in jeder Weise schlicht und einfach geben. Ein sparsamer Mensch ist immer noch kreditfähiger und vertrauenswürdig als ein Verschwendner, was aber in Bonn angestrebt wird, macht den Eindruck einer Verschwendung, wenn nicht gar Hochstapelei.

Der Bundesfinanzminister müßte die ständigen Überschreitungen der Voranschläge für staatliche Bauten bekannt sein, dennoch glaubt er für den Ausbau von Dienstgebäuden einen Vorgriff von 5,7 Mill. DM auf den kommenden Bundeshaushalt vertreten zu können.

„Kuhschweizerische“

Wenn es sich um Geld und Besitz handelt, hört die Gemütsheilung auf, und der Kampf beginnt. Und nun ist es so weit. Die Schweizer sind rabiat geworden und bezeichnen die Amerikaner als Gangsterbande, weil sie, die Amerikaner, sich nicht in das Washingtoner Abkommen über das Feindvermögen in der Schweiz halten wollen. Rabiat sind die Schweizer vor allem deshalb, weil sie sich über die Frage der Gesellschaft Interhandel, deren Tochtergesellschaft die General-Aniline Corp. (ein Hundert-Millionen-Gesellschaft), ist, nicht einigen können. Die schweizerische Verrechnungskasse, die nach dem Washingtoner Abkommen zuständige Instanz, hat im Falle der Interhandel klar und eindeutig festgestellt, daß es sich um eine schweizerische Gesellschaft handelt, während die Amerikaner die Frage der Nationalität dieses Unternehmens ihren Gerichten vorbehalten wollen. Sie hätten, so heißt es, 22 Juristen mobilisiert, um aus Schwarz Weiß zu machen. Die Amerikaner, die behaupten die Schweizer seien „kein enttäuscht und wollen einen sogenannten Feindvermittler herausdividieren, dazu prägen sie einen neuen Begriff und

Titel lockern ...

Der jugoslawische Botschafter hielt vor einigen Tagen in der Botschaft eine Rede, in der er wieder einmal die Verhältnisse in der Sowjetunion kritisierte. Er griff vor allem den dortigen Zentralismus an und erklärte, daß nach der marxistisch-leninistischen Lehre der Staat nach der Schaffung des sozialistischen Gesellschaftsbaus abzubauen habe. Wahrscheinlich hält Tito ein Zeitpunkt für gekommen, eine kleine Re-Demokratisierung durchzuführen zu können. „Vor der Reformrevolution“, erklärte Tito, „hatte die KPJ zu viele Illusionen und kopierte kritische alle Einrichtungen der Sowjetunion, auch diejenigen, die nicht mit den besonderen Bedingungen Jugoslawiens und mit dem Geiste des Marxismus-Leninismus übereinstimmten.“ Es ging um eine Gesamtverfassung, die sich mit den Kompetenzen der Betriebsräte beschäftigte. In Zukunft sollen die Betriebsräte und Betriebsausschüsse die beherrschende Rolle spielen, der Betriebsdirektor wird ihnen unterstellt. Bis es so weit kommt, wird der Direktor weiter ernannt werden, später jedoch wird ihn der Betriebsrat wählen dürfen. Es handelt sich also doch um eine Kopie. Die Sowjets halten dieses System generell auch für gewagt, es aber schweigend wieder abgelehnt, weil es sich unheilvoll auswirken begann.

Ein noch so guter Kommunist, der nach diesen Gesichtspunkten wird der Direktor in erster Linie gewählt, kann auf die Dauer, wenn der Betrieb wirklich etwas leisten, also nach Grundrissen der Restabilität arbeiten soll, nicht den geschulden Kaufmann und Techniker ersetzen. Es wird also ein Experiment. Und es wird wie das russische enden.

KARLSRUHER WIRTSCHAFTS-VERLAG
 G. m. b. H. Karlsruhe, Vorderstraße 8, Carlstr. 10
 Chefredakteur: Dr. Hans Heiser, Karlsruhe
 Zuständige Verlagsstellen: Stuttgart, Baden, Mannheim, Weinstadt, etc. — DM zusätzlich
 Einzelhefte: Anzeigenverwaltung: Karlsruhe, Vorderstraße 8
 Dr. Zeit in Anzeigenverwaltung: Dr. E. Müller, Karlsruhe, und Druck: Schneider G. m. b. H., Karlsruhe

Amputierte Berliner Industrie

Erst im Laufe der Zeit konnten die Unterlagen zusammengetragen werden, die einen Einblick in das Ausmaß der Kriegschäden gestatten, von denen die Berliner Industrie bis zum Zusammenbruch betroffen wurde. Diese Unterlagen sind in einem Memorandum des Stadtrats für Wirtschaft beim Westberliner Magistrat, Klingelhöfer, verarbeitet worden, das einen genauen Einblick für Westberlin gestattet. Es wäre müßig, zu erwarten, daß der „Oberbürgermeister“ einen gleichen Bodensatzlieferanten der Öffentlichkeit unterbreiten würde. Die nachfolgenden Ausführungen beschäftigen sich deshalb nur mit Westberlin. Sie lassen jedoch, und das sei ausdrücklich bemerkt, erkennen, daß Berlin nicht nur infolge der großen Anzahl von Luftangriffen seit 1943 und infolge der Verluste bei den Kämpfen in der Endphase der Eroberung Berlins weitestgehend größere Kapazitätsverluste hinnehmen mußte, als die im Durchschnitt in der Industrie Westdeutschlands zu verzeichnen waren, sondern daß die zerstörten Demontage- und in aller Hand gerade in Westberlin von der Anzahl der westlichen Alliierten vorgenommen wurden, hochschätzbar eine amputierte Berliner Industrie hinterließ, an deren Aufkommen zuerst selbst Fachleute zweifeln. Schließlich hatten die Russen bis zum Beginn der Viermächteverwaltung der Stadt zwei Monate Zeit gehabt.

Könige Zahlen mögen das erschreckende Ausmaß der zerstörten Demontageanlagen in Westberlin belichten. Insgesamt wurden ohne kleinere Teildemontagen mindestens 500 Industriebetriebe von den Demontagen betroffen. Meist wurden die gesamten maschinellen Anlagen entfernt. Bei Teildemontagen waren es meist zwischen 70 und 80% des Maschinenparks, und es waren nicht die schlechtesten Maschinen, teilweise Maschinen einstelligen Charakters, die man mitgehen ließ. Man wollte schließlich, daß man nach der Ankerung der Westalliierten in Westberlin keine SAG's würde konstatieren können, und so nahm man, was man nehmen konnte und hinterließ einen industriellen Toten, von dem man annahm, daß er auf sehr lange Zeit ein lebensunfähiges Gebilde bleiben würde. Wahrscheinlich ging man sich schon damals in der stillen, später jedoch nicht in Erfüllung gegangenen Hoffnung, daß die Westalliierten das Interesse an Berlin verlieren würden, und daß sie die Stadt den Sowjetmächtern überlassen würden. Als man daran gehen konnte Bilanz zu machen, ergab sich ein entmutigendes Bild. Auf der Basis des Jahres 1938, also unter Ausschuß eines Teiles der später geschaffenen Rüstungsindustrie Hütten, verließen der Westberliner Industrie folgende Bruchteile ihrer Kapazität:

1943 verbleibende Kapazität der Westberliner Industrie in Prozenten von 1938:	
Metallurgie insgesamt	13
davon NE-Metallindustrie	10
Gießereindustrie	15
Maschinenbau	9
davon: Werkzeugmaschinenbau	30
Fahrzeugbau	10
Stahl- und Eisenerzeugung	15
Elektroindustrie	20
Feinmechanik und Optik	30
Fleisch- und Metallwarenindustrie	10
Chemische, Kautschukindustrie	40
Steine, Erden, Glas, Keramik	60
Holzindustrie	40
Druckgewerbe	35
Papierverarbeitung	40
Leder, Textil und Bekleidung	50
Angewandte Industriezweige insg.	33

Noch deutlicher wird das Ausmaß der Verluste durch die sowjetischen Demontagen durch die Zahl der demontierten Maschinen bei den größten und wichtigsten Industriebetrieben der Elektroindustrie, der Maschinenindustrie, der Feinmechanischen Werke und des Druckgewerbes. Diese Zahlen, die sich nur auf zwanzig führende Unternehmen Westberlins beziehen, also nur einen kleinen Teil der insgesamt von den Demontagen betroffenen Betriebe erfassen, sind sicher beachtenswert für die Sachkenntnis der sowjetischen Demontierer. Insgesamt waren es 32.000 zum größten Teil außerordentlich hochwertige Maschinen und Präzisionsgeräte. Man verschmähte auch Stopfbüchsen der Kalkulationsabteilungen nicht.

An Verlusten an ihrem Maschinenpark durch Demontagen hatten zu verzeichnen:

Siemens-Schuckert-Werke	7.000
Siemens & Halske	5.000
AEG (Westberliner Betriebe)	7.000
C. Lorenz A.G.	1.000
Mix und Geisert	1.000
12 Betriebe der Westzweigmaschinenindustrie	24.000
Maschinenfabrik Bergig	rd. 2.000
Akemia-Werke	3.100
Deutscher Verlag	300
Insgesamt	33.000

Selbstverständlich mußten Verluste dieses Ausmaßes, die praktisch einer völligen Vernichtung der maschinellen Kapazität der wichtigsten Berliner Industriezweige gleichkamen, die schwerwiegendsten Rückwirkungen auf die Industrie, die Arbeitnehmer und darüber hinaus auch auf die Stadtverwaltung und die Finanzen haben. Aber das hätte man ja offenbar beachtet, als man diese Monstr-Demontagen vornahm.

Man irrt sich

Trotz aller Schwierigkeiten gingen die Westberliner Unternehmen daran, wieder in ein, wenn auch vereinzelt bestehendes Produktionsstadium zu kommen. Das ist ein einmal unproduktive Arbeit bei der Wiederherstellung der Arbeitsplätze, der Bergung von Maschinen aus den Trümmern und ihrer Wiederherstellung, geleistet werden mußte und daß vielfach noch bis zum heutigen Tage arbeitensintensive Methoden angewandt werden müssen, die eine Serienherstellung nicht gestatten und die Produktion verstoren, liegt auf der Hand. Aber die Berliner ließen sich nicht beirren. Sie setzten und zwar nicht nur die Unternehmer, sondern auch die Arbeiter, alles daran, ihre Betriebe wieder in Gang zu bringen. Das war nicht einfach, denn die sowjetische Besatzungsmacht hatte sich nicht damit begnügt, den Maschinenpark zu demontieren, sondern sie hatte außerdem alle erreichbaren Roh- und Hilfsstoffe abtransportiert. Auch die Konstruktionszeichnungen ließ man mitgehen. Dabei wollten die Berliner Arbeiterschaft und die Unternehmer, daß der riesige Bedarf der Milieustadt an Lebensmitteln und anderen Verbrauchsgütern nur gedeckt werden konnte, wenn die Industrie arbeitet und im Export wieder in Gang kam. Der Vorkriegsexport entfiel jedoch in der Hauptsache auf die am stärksten demontierten Industrien Berlins. Diese Exporte verteilten sich 1938 wie folgt in Mill. RM:

Gesamtberlin in %	
Achtel	
Westberlin	
Maschinenbau	50,7 40,3 71
Elektroindustrie	13,8 9,3 77
Feinmechanik u. Optik	13,7 8,7 76
Metallwarenind.	13,8 8,6 82
Insgesamt	212,0 157,8 74,5

Allein diese vier um 60-80% demontierten Industriezweige Westberlins lieferten also 1938 Waren für rund 158 Mill. RM für den Export.

Die Blockade Berlins steigerte dann noch die Schwierigkeiten, und doch wurden sie überwunden. Auch die Blockade der Millionenbevölkerung erwies sich für die Russen als ein Schlag ins Wasser. Inzwischen hat nun die Elongiererei Westberlins wieder eine Leistungsfähigkeit von 55% auf der Basis von 1938 erreicht, die Metallgießerei von 60-65%, die NE-Metallindustrie von 30% der Maschinenbau von 30%, die Elektroindustrie von 30%.

Aber das genügt noch lange nicht, um Berlin wieder zu seinem Wirtschaftsleben zu verhelfen, das eine Existenz aus eigener Kraft ermöglicht. Abgesehen von allen anderen Schwierigkeiten ist außerdem die Finanzkraft der Westberliner Industrie durch die Demontagen außerordentlich geschwächt. So gibt Siemens-Schuckert den Wert der durch die Demontagen verlorengegangenen Maschinen mit 225 bis 250 Mill. RM an, die Firma Siemens & Halske mit rund 240 Mill. RM, die AEG für ihre Westberliner Betriebe mit 40 Mill. RM, den Wert der abtransportierten Rohmaterialien mit 25 Mill. RM an. Insgesamt liegen die Schäden bei 15 erfaßten Betrieben zwischen 600 und 750 Mill. RM. Bei so großen finanziellen Verlusten kann es nicht überraschen, daß die Westberliner Industrie die zur Erzielung einer rationalen Produktion erforderlichen Neuanzahlungen nicht aus eigener Kraft finanzieren kann.

Die bisher wiederhergestellten Kapazitäten reicht es erfindlich der Fortschritt seit 1948 auch sein mag, nicht nur, um eine Vollbeschäftigung der Westberliner Bevölkerung zu sichern, ferner um genügend industrielle Gegenwerte für den Ausgleich der Berliner Wirtschaftsbilanz zu schaffen und eine Serienfertigung in ausreichendem Umfang zu ermöglichen. Das Fehlen hochwertiger Spezialmaschinen und Einzelmaschinen sowie sonstiger Produktionsrichtungen und -mittel, die erst eine rationelle Fertigung ermöglichen würden, hat zu einer Kostenüberhöhung geführt, die der Westberliner Industrie den Weltbewerbsvorteil außerordentlich erschwert.

Arbeitsplatz und Produktionswert

Im vergangenen Jahr ist es nun der Westberliner Industrie gelungen, immer mehr von den arbeitsintensiven Methoden zu einer rationaleren Fertigungsweise zu kommen. Leider hat dies auch unglückliche Rückwirkungen gehabt. Der unbereinigten Produktionswert konnte

brutto von 84,3 Mill. DM im Januar auf 113,3 Mill. DM im Dezember und bis zum März weiter auf 128 Mill. DM steigen und der Produktionswert je Beschäftigten von 497 DM im Januar auf 628 DM im Dezember und 690 DM im März 1950, wobei die Werte bis April in DM-Öst und -West gemischt erreichten, doch hatte das zur Folge, daß in Betrieben mit mehr als sechs Beschäftigten die Zahl der Beschäftigten von 173.075 im Januar auf 138.039 im Dezember sank und bis zum März weiter auf 121.438 fiel. Diese Arbeitsplatzverminderung dürfte in der Hauptsache durch bessere Fertigungsmethoden in der Großindustrie eingetreten sein. Ein anderes Bild ergibt die Zahl der Beschäftigten überhaupt, also auch außerhalb der eigentlichen Industrie, im Handel, im Verkehrswesen usw. Hier waren es bei einer Erwerbstätigenzahl von 819.000 im März rund 774.000, die in Arbeit standen. Bis Ende Mai stieg die Zahl der Erwerbstätigen auf 1.01 Mill., während die Zahl der Beschäftigten auf 736.000 zurückging. Erlassungen von im Oktober beschäftigten Westberlinern und der Zusage an politischen Flüchtlingen verlässlichen Arbeitsplätze, das Bild und lassen sich nicht soviel in der Erleichterung einer Kärperschaft mit Regierungsgewalt, die aber die Anpassungsfähigkeit und Initiative von Privatunternehmen besteht und ähnlich der Tennessee Valley Authority Roosevelt arbeitet. Auch dann würde es wahrscheinlich noch einige Jahre dauern, ehe Berlin 40 bis 50% der Leistungsfähigkeit von 1938 erreicht. Wie sehr Westberlin bemüht ist, sich selbst zu helfen, kann man daran ersehen, daß der Export von 3,2 Mill. DM im Januar 1950 auf 65 Mill. DM im März stieg und mit Rücksicht darauf, daß der April nur 23 Arbeitskräfte hatte, sich im April mit 4,5 Mill. DM behaupten konnte. Diese Summen reichen aber bei weitem nicht aus, ein wirtschaftliches Gleichgewicht herzustellen. Soll also Berlin nicht für die Dauer das Armenhaus Deutschlands bleiben, so tut schnelle Hilfe in finanzieller Hinsicht und durch Anlyseverfahren

Paul Speller

Eisenverarbeiter für marktregelnde Absprachen

Wiederholt haben Kreise der Eisenverarbeitenden Industrie darauf hingewiesen, daß ihnen marktregelnde Absprachen gestellt werden müßten, um sowohl dem Druck ihrer Lieferanten als auch dem starken Abnehmergruppen gewachsen zu sein. Insbesondere gäben die verschiedentlich weitgehenden Forderungen der Abnehmer an Preisnachlässe usw. Anlaß zu denartigen Absprachen, weil das geltende Verbot von Kartellabsprachen eine einseitige Abwehr solcher Forderungen nicht zuließ. Auf der einen Seite setzen sich die meisten Branchen der Eisenverarbeitenden Industrie dem einseitigen Verkaufsbedingungen gegenüber, auf der anderen Seite ist es jedoch für sie schwierig, bei schlechter Beschäftigungslage die Ansprüche ihrer Kunden abzulehnen.

Die im Wirtschaftsverband Zahlverformung zusammengeschlossenen Unternehmen der Eisenverarbeitenden Industrie sind wegen der erwähnten Sachlage an der bevorstehenden Entscheidung über die Wettbewerbsordnung in besonders hohem Maße interessiert. Die Unternehmen stehen zwischen der Montanindustrie und den großen Abnehmern der öffentlichen Hand (Eisenbahn), des Bergbaus, des Maschinenbaus und des Großhandels. Diese Sonderstellung wird noch dadurch erschwert, daß die Art der Produktion Änderungen des Produktionsprogramms nur wenig gestattet. Deshalb wurden marktregelnde Absprachen in diesem Teil der Eisenverarbeitenden Industrie bereits früh als notwendig anerkannt und nicht als Mißbrauch empfunden.

Umfangreicher Schrott-Transport aus Berlin läuft an

Nach Bekanntwerden der sowjetischen Zusage, den Eisenbahnschienenverkehr auf der Elbe an der Sowjetzonegrenze bei Wittenberge nicht mehr zu behindern, haben zahlreiche Schrott-Transportunternehmen Lasttransport in das Bundesgebiet angefordert. Beim Berliner Magistrat sind eine große Zahl Warenbestellheime für Schrott-Transporte beantragt worden. Wie am 1. Juli von zuständiger Seite verlautbart, hat der erste Schlepplzug nach Inkrattreiben des heilich-sowjetischen Übereinkommens über den Eisenbahnschienenverkehr die Kontrolle bei Wittenberge bereits unbefristet passiert.

Deutsche Waren in Schweden billiger als britische

Deutsche Waren sind auf dem schwedischen Markt in großem Umfange billiger als entsprechende britische. Ferner sind die deutschen Lieferfristen vielfach kürzer, was in maßgebenden Wirtschaftskreisen erklärt. Bisher habe die schwedisch-deutsche Handelsbilanz eine wesentliche Vergrößerung der schwedischen Käufe in Deutschland verzeichnet. Durch Transporterleichterungen zwischen den beiden Ländern werde beträchtlich zu erweitern. Von der Zeit in Frankfurt stattfindenden Verhandlungen werde eine weitere

KARLSRUHER

LEBENSVERSICHERUNG A.-G. URSPRUNG 1835



**DAS VON DER WIRTSCHAFT BEVORZUGTE
UNTERNEHMEN FÜR KAPITAL- UND
RENTENVERSICHERUNG**

Arbeitsgerichtsgesetz änderungsbedürftig

Die Arbeitsgerichtsbarkeit der Nachkriegszeit hat ihre Grundlage im Kontrolltagengesetz Nr. 21 vom 1948. Der Bundesjustizminister und damit beschäftigt, eine neue Fassung des Arbeitsgerichtsgesetzes auszuarbeiten. Das lenkt die Aufmerksamkeit erneut auf dieses Gesetz, das sich in der Praxis wenig bewährt hat. Es hat sich als nicht zweckmäßig erwiesen, die Arbeitsgerichtsbarkeit dem Ressort des Justizministeriums zu dem sie nach der alten Regelung im Arbeitsgerichtsgesetz vom 23. 12. 1926 gehörte, zu entziehen und dem Arbeitsministerium zu unterstellen. Früher hatte die Rechtsprechung ein hohes Niveau, das dem der ordentlichen Gerichte glich. Der Kontrolltag hat jedoch geglaubt, die Arbeitsgerichtsbarkeit der Arbeitsverwaltung eingliedern zu sollen. In der gleichen Richtung liegt die Bestimmung, daß Vorsitzende der Kammer erster Instanz auch Nichtjuristen sein dürfen. Dieser Grundsatz ist in der Ostzone zwischen noch stärker als im Bundesgebiet betont worden.

Selbst bei bestem Willen die Verhandlungen zu ihren alten Verhältnissen nicht gleich lösen können. Damit ist aber schon eine gewisse Einseitigkeit gegeben.

Besonders werden Klagen laut gegen die Bestimmung, daß Anwälte als Prozessvollmachtigte vor den Arbeitsgerichten I. Instanz nicht auftreten dürfen. Dadurch werden kleinere Arbeitgeber und nicht organisierte Arbeitnehmer, die sich häufig eines Rechtsbeistandes nicht beschaffen können, unter Umständen benachteiligt. Diese Bestimmung wirkt in der Praxis z. B. als ein Druck, den Gewerkschaften beizutreten. Der nicht organisierte rechtsuchende Arbeitnehmer sieht sich im Prozess oft einem Werks- oder Verbandsgewerkschaftsgegenübergestellt, so daß er das Gefühl hat, in der schwächeren Position zu kämpfen. Der Arbeitgeber aber findet nicht bei jedem Arbeitsgericht kleiner. Eine rechtliche Geschäftsführer eines Arbeitgeberverbandes, so daß auch er vielfach ohne Rechtsbeistand sich gegenüber einem rechtskundigen Gewerkschaftsfunktionär verteidigen muß.

Die Erfahrungen, die im Westen mit Leinrichtern als Vorsitzenden gemacht wurden, sind ungünstig. Auch ist die Unabhängigkeit der Arbeitsrichter nicht in der gleichen Weise wie bei den ordentlichen Richtern vorhanden, da sie nur auf Zeit bestellt sind. Sie kommen meist aus dem Reihen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände und werden

Was frisst ein Bombierwolf?



- Alltäglich einige Hundert schwerer, widempentiger Druckschläuche, mit denen er unter fürchterlichem Getöse die halbierten Reifen „vorfährt“. DUNLOP in Hanau verfügt über eine ganze Menge dieser mächtigen, kraftvollen Maschinen.

Von DUNLOP wurde der Luftreifen erfunden, von DUNLOP wurde er entwickelt. Heute baut DUNLOP mit den ältesten Erfahrungen im Reifenbau und den modernsten Einrichtungen - wirklich erstklassige Reifen für jeden Zweck und jede Straße.



Zur Sicherheit DUNLOP

REIFEN AUS HANAU SIND GUTE REIFEN

Aus der deutschen Wirtschaft

Englische Zone

Der Bund hat im Rahmen des Arbeitsbeschaffungs-Programms für die mit Flüchtlingen überbesetzten Länder einen Betrag von 45,3 Mill. DM für die ländliche Erziehung zur Verfügung gestellt, die sich wie folgt aufteilt: Schleswig-Holstein 15.000.000 DM — Niedersachsen 14.000.000 DM — Bayern 16.300.000 DM.

Der kürzlich beim Hüttenwerk Walsstätt angelegte zweite Hochofen bezweckt nicht, wie verschiedentlich behauptet wurde, eine Erhöhung der Rohstahlerzeugung auf 20.000 t monatlich, vielmehr soll künftig bei der Erzeugung von Umhüllstählen für die Rohrleitungen vorwiegend das verhältnismäßig eisarme Salzgitter-Stückwerk verwendet werden. Beim Betrieb mit einem Hochofen war dies nicht möglich, ohne die Erzeugung weit unter das Soll absinken zu lassen. Durch die Inbetriebnahme des zweiten Hochofens ist es möglich geworden, Stückerzeugnisse und die Produktions-Soll von etwa 20.000 t Umhüllstählen im Monat vorzuzustellen. Außerdem sollen nach Aufhebung des Stahlerzeugnisses künftig ebenfalls 5000 t Gießerei-Rohrblech für die Gitterwerke hergestellt werden. Die gesamte Eisenerzeugung des Hüttenwerkes Walsstätt wird sich dann auf etwa 23.000 t Rohstahl monatlich belaufen.

Nach der rückläufigen Verkehrsentwicklung im April lag der Gesamtumschlag im Mai nach den bisher vorliegenden Meldungen der Hafenumschlagsbetriebe mit 1944,47 t um etwa 11 Proz. über dem Ergebnis des Vormonats. Der allgemeine Verkehrsanstieg an dem mit Ausnahme von Braunkohle, Eisen und Blei sämtliche Häfen beteiligt waren, ist in der Hauptsache auf die erhöhte Einfuhr von flüssigen Treibstoffen und vermehrtem Stückgutumschlag zurückzuführen.

Im Mai wurden von deutschen Reedern sieben Frachtschiffe mit 20.987 BRT im Ausland angekauft. Damit erhöht sich die Gesamtzahl der Schiffeinfuhren aus dem Ausland seit dem 1. Januar d. J. auf 36 Schiffe mit 134.84 BRT.

Eine Untersuchung des Institutes für Genossenschaftswesen an der Universität Köln über die Bewirtschaftung von Fischlings-Genossenschaften ist fertig gestellt, fast auf 94 in Nordrhein-Westfalen gemeldeten Fischlingsgenossenschaften sind noch 17 fehlend. Es handelt sich dabei um 15 Einzel- und Verkaufsgenossenschaften und zwei Bau- und Siedlungsgenossenschaften. Die Umsätze waren bei allen Genossenschaften sehr gering. Das Institut kommt deshalb zu der Auffassung, daß die bisherigen Erfahrungen der Genossenschaftlichen Organisationen der Osterrheinregion genügt hat, daß die Gründung von Fischlings-Genossenschaften nicht verteilbar ist, da diese in ihrer schwachen, postwarischen und materiellen Fundierung der scharfen Konkurrenz nicht gewachsen sind.

Die Gesellschaftsverordnung der Ruhrtaleporen-Gesellschaft hat aus steuerlichen Zweckmäßigkeitsgründen beschlossen, die Ruhrtaleporen GmbH in einen öffentlich-rechtlichen Wasserverband, der den Namen „Urft-Verband“ tragen soll, umzuwandeln. Die Ruhr-Taleporen GmbH ist Eigentümers der Urft-Taleporen bei Gündel in der Eifel. Anteilhaber sind die Moschauer und Godesberger-Heinberg.

Im Juni wurden rund 7924 Volkswagen hergestellt gegenüber 6617 im Vormonat. Davon wurden 3923 Volkswagen (38%) exportiert. Zum erstenmal gehörte auch das Karzergebiet zu den Abnehmern. Die Lieferwagenproduktion stieg von 334 im Mai auf 591 im Juni.

Das Bankhaus C. G. Trinkhaus, dessen Bankgebäude durch Kriegszerstörungen zerstört war, hat einen Neubau auf dem Grundstück 36a zerstörtes Haus errichtet, in dem der Geschäftsbetrieb am 23. Juni aufgenommen wurde.

Die Kundenkredit GmbH verleiht gegenwärtig über 18 Filialen in Nordrhein-Westfalen. Man rechnet in diesem Jahre mit einem Umsatz von 50-60 Mill. DM. Die Bilanzsumme wird 20 Mill. DM erreichen. Es sind wieder Reserven von einigen Millionen DM vorhanden wie bei der Einweisung neuer Geschäftsführer in Westfalen von Verwaltungsräte erklärt wurde, soll in Kürze die Umwandlung der Firma in eine Kommanditgesellschaft auf Aktien mit einem Kapital von 1,5 Mill. DM vorgenommen werden.

Die Deutsche Bedaux-G.m.b.H., Gesellschaft für Rationalisierung der Arbeit, ist jetzt mit 525 in Hannover gegründeten. Gegenstand des Unternehmens ist das Studium aller Methoden, Techniken und Verfahren, die der Messung der Arbeit und der Energie und ihre Anwendung im Handel, in der Industrie und in der Landwirtschaft dienen. Das Stammkapital beträgt 100.000 DM. Geschäftsführer sind Wirtschaftsprüfer Dipl.-Ing. Heinz Brinckler, Hannover und Dr. Franz Albrecht Medicus Kolheim.

In der HV der Basalt A.G. Linz a. Rh. der die Abbaueisen für 1947 und 1948 vorliegen, wurde mitgeteilt, daß Produktion und Absatz des Unternehmens z. Zt. befriedigend seien. Auch der Export habe sich belebt. Über die Umstellung des 20 Mill. RM betragenden AK könne im Augenblick noch nichts gesagt werden. Ein Aktienkauf mache den Vorschlag, einen energiereichen Kapitalmarkt zu machen, um damit die Wiederaufnahme der Dividendenzahlung nach 20jähriger Pause zu

ermöglichen. Neu in den Aufsichtsrat gewählt wurde K. J. Werhahn Neud. Das Hauptgeschäftsjahr von 1.1.-30.6.48 schließt mit einem Gewinn von 0,24 D. V. 0,09 Mill. RM ab, um sich der Verlustvortrag auf 4,32 Mill. RM ermäßigt.

Mit einem Stammkapital von 100.000 DM wurde in Eckers die Krack & Co. s. z. B. Holzgeschäft, in die B. gegründet. Gegenstand des Unternehmens ist die Ausführung von Tiefbohrungen jeder Art und sonstiger Arbeiten für den Bergbau, die Herstellung von Brunnen zur Wasserversorgung und Entwässerung sowie die Lieferung sämtlicher für Bohrwerke und den Wasserwerkstoff erforderlichen Einrichtungen. — Geschäftsführer ist der Bohrmaschinen K. Pöschel, Eckers.

Im Werk Dormagen, das zur Gruppe Niederrhein der Fabrikation Bayer, Leverkusen gehört, ist eine beträchtliche Kapazität für Perlion-Faser vorhanden, was sich in Kürze auf dem Markt bemerkbar machen wird. Diese Erklärung gab der Leiter des Verkaufs östlicher Fasern der Farbwerke Bayer, Direktor van Beek, bei der Einweihung der neu errichteten Büroräume im Bankhaus Trinkhaus-Düsseldorf bekannt. Weiter wies er darauf hin, daß die beträchtlichen Kriegsschäden des Werks Dormagen beseitigt und die gesamte Produktionsanlage überholt worden sind. Ganze Abteilungen bekamen moderne Maschinen. Auf dem Gebiet des Rayon wurde die moderne Produktionstechnik, nämlich der Continus-Verfahren, aufgenommen. Die in hergestellte Kupferseide bietet z. B. eine Spezial-Stumpffaser für den Cupressastampf, wie sie qualitativ noch nicht erreicht worden ist. Auch die Färbereianlage wurde große Vorteile davon haben und bald werde die Continus-Cupressa-Seide auch für die Bekleidungsindustrie.

denweber besonders bedeutsam sein. Die Cupressa-Seide wurde früher mit der Kupferseide von I. R. Benzberg unter Marke Benzberg verkauft. Namentlich Dormagen seien Kupferseide Cupressa. 1949 betrug die Produktion an Cupressa-Seide ungefähr 10 v. H. der Rayon-Produktion im Bundesgebiet. Weiter stellt Dormagen die Cupressa-Faser als die bisher einzige Spinnfaser der Welt nach dem Kupferoxyd-Ammoniak-Verfahren her. Die Produktion der Cupressa-Faser überstieg 1949 12 v. H. der Gesamtspinnproduktion in Westdeutschland. Neben der Cupressa-Produktion von Cupressa und Cupressa werden in Dormagen auf Zellulosebasis erzeugt Crinon-Polsterhaar und Dextrin-Borsten. Vollsynthetische Produkte aus Dormagen sind die Dextrin-Borsten, ein Perlionzeugnis, Dralon-Angledraht und Tensanasein, FeCo-U-Borsten und insbesondere die Perlion-Faser. Die Gesamtkapazität an chemischen Fasern beträgt heute jährlich etwa 21 Mill. kg.

Die seit der Gründung des Werks Dormagen bestehende Verbindung mit Westdeutschland, Neben der Cupressa-Produktion von Cupressa und Cupressa werden in Dormagen auf Zellulosebasis erzeugt Crinon-Polsterhaar und Dextrin-Borsten. Vollsynthetische Produkte aus Dormagen sind die Dextrin-Borsten, ein Perlionzeugnis, Dralon-Angledraht und Tensanasein, FeCo-U-Borsten und insbesondere die Perlion-Faser. Die Gesamtkapazität an chemischen Fasern beträgt heute jährlich etwa 21 Mill. kg.

Die Kräfte eines einzelnen Werkes reichen kaum aus, um in der Produktion, der Modernisierung, Forschung und Entwicklung alle Aufgaben selbstständig zu lösen. Organisch erwachsene Verbindungen sollten deshalb nicht zerlegt werden. Trotz der Kapitalintensität der Produktion werden im Werk Dormagen, das auch Acetylcellulose und Schwedzellulose erzeugt, ungefähr 4000 Menschen beschäftigt, 4.3. rund 10 v. H. aller im Bundesgebiet in der Herstellung chemischer Fasern Beschäftigten.

O 3500, 103 (140) Lastkraftwagen vom Typ L 5000, 23 (23) Omnibusse vom Typ O 3000.

Der Export von Bleistiften und Musikinstrumenten aus Bayern hat bereits in den ersten 3 Monaten 1950 den Gesamtexport dieser Branchen von 1949 fast erreicht, teil das bayerische Wirtschaftsministerium mit. Bleistifte gehen hauptsächlich nach Belgien, Holland, Italien und Frankreich. Der Bleistiftexport stieg von 8,22 Mill. Dollar im April 1950 auf 9,23 Mill. Dollar im Mai 1950. Das Ausfuhrvolumen der bayerischen Musikinstrumentenindustrie lag mit 8,23 Mill. Dollar für Januar bis Mai 1950 nur noch um 0,01 Mill. Dollar unter dem Export für das ganze Jahr 1949. Es wurden vor allem Violinen, Cellas, Bläse, Cembali, hauptsächlich nach USA und Kanada geliefert.

Die Bootwerft Abeking und Rasmussen in Bremen-Lerenvorwerk konnte zum erstenmal nach dem Kriege eine 16-Tonnen-Segeljacht nach den USA exportieren. Das Schiff, das am 27. Juni den Bremer Oberhafen verließ, ist für Mr. Alden, den Präsidenten der Bethlehem Steel Co. in Boston bestimmt. Es verfügt bei 18,5 m Länge über 100 qm Segelfläche und einen Hilfsmotor von 25 PS. Bisher sind kleinere Segelboote lediglich nach Griechenland, Portugal und England exportiert worden.

Das größte nach dem Kriege auf einer Bremer Werft gebaute Frachtschiff, das gleichzeitig das größte Schiff der deutschen Handelsflotte sein wird, der Dampfschiffahrts-Gesellschaft „Hansa“ übergeben werden. Das Schiff, das mit einer maschinellen Maschinenanlage von 4500 PS ausgerüstet ist, hat bei einer Wasserverdrängung von 6200 BRT eine Tragfähigkeit von rund 9000 Tonnen.

Der größte deutsche Hochseeschlepper „Wotan“ passierte am Montag Nachmittag mit einem Ponton im Schleppe auf seiner ersten Einsatzfahrt Cuxhaven zur Fahrt nach Hamburg. Das 745 BRT große Schiff wurde während des Krieges unter dem Namen „Arngast“ in Dienst gestellt und nach der Kapitulation an England abgeliefert, wo es unter dem Namen „Monsieur“ fuhr. Von der Deutschen Bauxit-Industrie und Bergungsgesellschaft angekauft wurde der „Wotan“ auf einer Bremerhavener Werft instand gesetzt und jetzt nach stetigen Probefahrten wieder in Dienst gestellt. Neben dem Cuxhaven stationierten 569 BRT großen Hochseeschlepper „Seefalke“ hat die Buxtehuder beiden größten deutschen Bergungsschiffe in Dienst. Der „Wotan“ soll ebenfalls in den nächsten Tagen die Bergungsetation Cuxhaven bestatten.

Bei Bergward Bremen wurden im Monat Juni 1950 1236 (Vormonat 1187) Fahrzeuge der bekannten Typen PKW „Hansa 1500“, 1½-Schnellwagen B 1200 und 1½-Diesel-Lastwagen gebaut. Dieses Ergebnis bedeutet im Vergleich zum Vormonat eine wesentliche Produktionssteigerung.

Die Produktion der Auto-Union GmbH, Ingolstadt, im Monat Juni betrug 2400 DKW-Motorräder RT 120 und 821 DKW-Schnellaster N L.



MERCEDES-BENZ

Automobil-Gesellschaft
Karlsruhe Schoemperlen & Gast Offenburg

MENZINGER-FENDEL
Karlsruhe
Schiffahrt - Kohle - Bimsbaustoffe

Büro: Werftstraße 9 - Telefon 1427-1430
Boustoerwerk: Hochbahnstraße 12 - Telefon 5884

Winschermann G.m.b.H.
KARLSRUHE
Stefanienstraße 94
Fernsprecher Nr. 815, 816, 817

Kohlengroßhandel - Umschlag - Schiffahrt

AUGUST PEPPLER
Kleidmühlen und Kintfabrik
Karlsruhe-Rheinhafen
Werftstraße 18, Telefon 4795

Gegründet 1855

Schenk & Schnitzler
Hobel-, Säge- und Parkettwerke
In- und ausländische Hölzer
Karlsruhe-Rheinhafen
Hansstraße 3 - Telefon 7072

Liefern ab Lager und fertigen auf Bestellung

Fußbodenbohrer	Parkette
Füllleiten	Nadelholzbohlen
Wagenwand- und Rolladenstühle	Laubholzbohlen aller Art
Tafelbohrer	Isoparkbohlen
Schalung	Profilbohlen

aus deutschem und nordlichem Holz

Spezialplatten - Tischlerplatten - Faserplatten
Dämmplatten - Fertige Türen

Bitte hier ausschneiden!

Abonnements-Bestellung

An die **WIRTSCHAFTSREVUE**

Karlsruher Wirtschaftsverlag GmbH
KARLSRUHE IN BADEN
Veitstraße 25

Hiermit bestelle/n Ich/wir ab sofort bis auf weiteres _____ Exemplare der **WIRTSCHAFTSREVUE**

durch die Post / unter Streifenband zum monatlichen Abonnementpreis von DM 1.— zuzügl. Postzustellgebühr oder Porto.

Name/Firma _____
Beruf/Branche _____
Ort und Straße _____
Datum _____ (Unterschrift/Stempel)

Amerikanische Zone

Der Wirtschaftsausschuß des bayerischen Landtages befragte am 28. Juni in der Debatte über die bayerische Energieversorgung den Bau des Dampfkraftwerkes Aschaffenburg. Für das Projekt sollen im Haushalt 1950/51 zunächst vorgriffweise 18 Mill. DM zur Verfügung gestellt werden. Das Werk soll im Hafengebiet errichtet werden, um die Versorgung mit Kohle möglichst zu vereinfachen.

Die Arbeitgebervereine der Industrie- und Handelskammern in Württemberg-Baden hat sich wieder in sündlicher Form an die zuständigen staatlichen Stellen mit dem Ersuchen gewandt, die Verordnungen Nr. 1036 der Staatsregierung Württemberg-Baden über Erziehungsbeteiligungen für Lehrlinge abzuändern. Bei dem heutigen Mangel an Lehrstellen und dem starken zur Scheiternlassung kommenden Jahrgängen sei eine breite Gewährung kleinerer Industrie- und Handelsunternehmen, die ihre Kosten so stark zu kalkulieren hätten, daß für die Einstellung eines Lehrlingen bei zu hohen Erziehungsbeteiligungen keine Möglichkeit verbleibe. Da zur Zeit jedoch nur mögliche Lehrstellen geschaffen werden muß, wird die Verordnung 1036 als wirtschaftsfeind empfunden, heißt es in der Stellungnahme der Arbeitgebervereine der Industrie- und Handelskammern weiter. Die Sachlage habe sich weiter dadurch verschärft, daß Ausnahmewilligungen nach § 5 der Verordnung nur für das Handwerk und nicht auch für Industrie und Handel angewendet werden können.

Die monatliche Zuwachsrate der Sparkassen beider deutschen Reichsteile betrug im Monat Mai 7,1 Mill. DM. Damit haben die Sparkassen nach dem Übersteigen des Statistisches Landesamtes die 200-Millionen-Grenze überschritten. Sie haben sich in den letzten 12 Monaten von 200,4 Mill. DM auf 204,2 Mill. DM erhöht, d. h. um mehr als 100 Mill. DM oder 50%. Von diesem Jahreszuwachs entfallen 84% auf den Überschub der Einzahlungen über die Auszahlungen und die restlichen 16% auf Zugänge aus der Umstellungsrechnung (10,8 Mill.) und Zugschriften (6,3 Mill.). Die erstmalig am 30. Juni 1949 mit 6,3 Mill. DM ausgewiesenen steuerbegünstigten Sparkassen haben sich bis zum 31. Mai 1950 mehr als verdreifacht (11,3 Mill. DM). Ihr Anteil an den Gesamtsparkassen ist von 0,4% im Juni 1949 auf 3,7% im Mai 1950 gestiegen.

Der Beschäftigungszuwachs in den Bauberufen während der ersten 3 Monate der Baustation 1950 ist in Württemberg-Baden fast viermal so stark wie im Vorjahre, nachdem rund 10.000 Personen in den Arbeitsprozess der Branche aufgenommen wurden. Gegenwärtig werden in der Bauindustrie in Württemberg-Baden etwa 60.000 Personen beschäftigt. Wie das Institut für Wirtschaftsforschung weiter festgestellt wurde mit einer weiteren Beschäftigung des Beschäftigtenstandes dann zu rechnen sein, wenn die Frühjahrseinstellung in der Bauwirtschaft, die beispielsweise in den Stadtkreisen Stuttgart, Mannheim und Ellingen bereits einen Mangel an Bauarbeitern hervorgebracht hat, sich auch auf die Landkreise ausdehnt, wo bisher die Bauaktivität noch nicht in wünschenswertem Umfang eingesetzt hat. Schließlich ist noch zu berücksichtigen, daß es sich bei dem erwähnten Beschäftigungszuwachs am Bauwerk bisher in der Hauptsache um Außenarbeiten handelt, da-

gegen im Inneren Ausbau die Beibehaltung erfahrungsgemäß erst im Juli und August einsetzt.

Die industrielle Produktion Württemberg-Badens ist auch im Mai weiter von 100 auf 113,3% des Standes von 1936 gestiegen, steht das Statistische Landesamt Württemberg-Baden in seinem Industriebericht für April und Mai fest. Die Produktion liegt um 33% höher als im Vorjahr. Im Vergleich zum höchsten Stand im November 1948 hat die Produktion um 7,3% zugenommen. Der Index der Investitionsgüter veränderte sich nicht, nachdem er im Vormonat um 16% gestiegen wurde. Die Selbstherstellung und die Gummiverarbeitung wurden wesentlich erweitert, die Farbproduktion hat zugenommen, während die Sodafabrikation etwas zurückgegangen ist. Die Produktion der Verbrauchsgüter erreichte wieder den Stand von März mit 105,3 (Zunahme bei Schuhe, Textil, Bekleidung, Rückgang bei Lederzeugung). Durch das auffallende Steigen der Nahrungs- und Genussmittelezeugung wurde mit 94,5% wieder der durchschnittliche Stand des 2. Halbjahres von 1948 erreicht. Mit 83% stieg die Herstellung der Brauerien auf den bisherigen Nachkriegshöhepunkt, ebenso wie diejenige der Gruppe Tabak (89%, von 1936).

Die Daimler-Benz A.G. hat im Monat Juni mit insgesamt 3741 (3718) Personenkraftwagen ihre Produktion weiter gesteigert. Es entfallen davon auf die einzelnen Typen: Mercedes-Benz, Typ 170 S 1500 (1470), Mercedes-Benz, Typ 170 D 835 (889), Mercedes-Benz, Typ 170 D 440 (263), also 3781 (3718) Personenkraftwagen. Bei den Nutzfahrzeugen betrug die Produktion: 370 (406) Lastkraftwagen vom Typ L 3500, 184 (147) Omnibusse vom Typ

gegen im Inneren Ausbau die Beibehaltung erfahrungsgemäß erst im Juli und August einsetzt.

Die industrielle Produktion Württemberg-Badens ist auch im Mai weiter von 100 auf 113,3% des Standes von 1936 gestiegen, steht das Statistische Landesamt Württemberg-Baden in seinem Industriebericht für April und Mai fest. Die Produktion liegt um 33% höher als im Vorjahr. Im Vergleich zum höchsten Stand im November 1948 hat die Produktion um 7,3% zugenommen. Der Index der Investitionsgüter veränderte sich nicht, nachdem er im Vormonat um 16% gestiegen wurde. Die Selbstherstellung und die Gummiverarbeitung wurden wesentlich erweitert, die Farbproduktion hat zugenommen, während die Sodafabrikation etwas zurückgegangen ist. Die Produktion der Verbrauchsgüter erreichte wieder den Stand von März mit 105,3 (Zunahme bei Schuhe, Textil, Bekleidung, Rückgang bei Lederzeugung). Durch das auffallende Steigen der Nahrungs- und Genussmittelezeugung wurde mit 94,5% wieder der durchschnittliche Stand des 2. Halbjahres von 1948 erreicht. Mit 83% stieg die Herstellung der Brauerien auf den bisherigen Nachkriegshöhepunkt, ebenso wie diejenige der Gruppe Tabak (89%, von 1936).

Die Daimler-Benz A.G. hat im Monat Juni mit insgesamt 3741 (3718) Personenkraftwagen ihre Produktion weiter gesteigert. Es entfallen davon auf die einzelnen Typen: Mercedes-Benz, Typ 170 S 1500 (1470), Mercedes-Benz, Typ 170 D 835 (889), Mercedes-Benz, Typ 170 D 440 (263), also 3781 (3718) Personenkraftwagen. Bei den Nutzfahrzeugen betrug die Produktion: 370 (406) Lastkraftwagen vom Typ L 3500, 184 (147) Omnibusse vom Typ

Ostzone

Am Vortage des Ablasses des Frankfurter Interzonenhandelskommens erklärt die „Berliner Zeitung“ (Ost) in einer Betrachtung über die Entwicklung des Interzonenhandels, in Oesterlin händen alle Tore zu Verhandlungen für die Durchführung des Frankfurter Abkommens und den Abschluß eines günstigeren Abkommens offen. Es liege an den einschichtigen Kreisen in Westdeutschland, ob sie diese Chance ergreifen wollten, um gegen den Willen des Petersberges ihre Forderungen durchzusetzen.

Die Wirtschaftsorgane der Ostzone müßten künftig ihren in Handelsverträgen festgelegten Verpflichtungen pünktlicher nachkommen, erklärte der stellvertretende Ministerpräsident, Walter Ulbricht, bei seinem Bericht, den er auf der 40ten der ostzonen Volkskammer am 28. Juni in Oesterlin über die Handelsvertragsverhandlungen mit Warschau, Prag und Ungarn erstattete.

Zum Nachfolger des kürzlich entlassenen Direktors des Leipziger Messeamtes Paul Voh wurde der 28 Jahre alte ehemalige Student David Rummelsberg ernannt. Wie gleichfalls bekannt wird, hat der ebenfalls 28-jährige Direktor des Messeamtes normale der SED angehört, sondern war seit 1945 Mitglied der CDU. Bei seiner Entlassung mußte er innerhalb 10 Minuten sein Büro verlassen. Mit ihm zusammen wurden drei Hauptreferenten, die ebenfalls nicht der SED angehörten, entlassen.

Am Vortage des Ablasses des Frankfurter Interzonenhandelskommens erklärt die „Berliner Zeitung“ (Ost) in einer Betrachtung über die Entwicklung des Interzonenhandels, in Oesterlin händen alle Tore zu Verhandlungen für die Durchführung des Frankfurter Abkommens und den Abschluß eines günstigeren Abkommens offen. Es liege an den einschichtigen Kreisen in Westdeutschland, ob sie diese Chance ergreifen wollten, um gegen den Willen des Petersberges ihre Forderungen durchzusetzen.

Die Wirtschaftsorgane der Ostzone müßten künftig ihren in Handelsverträgen festgelegten Verpflichtungen pünktlicher nachkommen, erklärte der stellvertretende Ministerpräsident, Walter Ulbricht, bei seinem Bericht, den er auf der 40ten der ostzonen Volkskammer am 28. Juni in Oesterlin über die Handelsvertragsverhandlungen mit Warschau, Prag und Ungarn erstattete.

Zum Nachfolger des kürzlich entlassenen Direktors des Leipziger Messeamtes Paul Voh wurde der 28 Jahre alte ehemalige Student David Rummelsberg ernannt. Wie gleichfalls bekannt wird, hat der ebenfalls 28-jährige Direktor des Messeamtes normale der SED angehört, sondern war seit 1945 Mitglied der CDU. Bei seiner Entlassung mußte er innerhalb 10 Minuten sein Büro verlassen. Mit ihm zusammen wurden drei Hauptreferenten, die ebenfalls nicht der SED angehörten, entlassen.

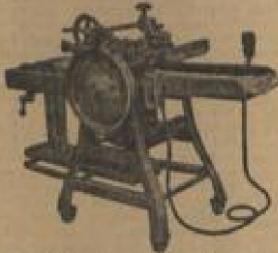
Am Vortage des Ablasses des Frankfurter Interzonenhandelskommens erklärt die „Berliner Zeitung“ (Ost) in einer Betrachtung über die Entwicklung des Interzonenhandels, in Oesterlin händen alle Tore zu Verhandlungen für die Durchführung des Frankfurter Abkommens und den Abschluß eines günstigeren Abkommens offen. Es liege an den einschichtigen Kreisen in Westdeutschland, ob sie diese Chance ergreifen wollten, um gegen den Willen des Petersberges ihre Forderungen durchzusetzen.

Die Wirtschaftsorgane der Ostzone müßten künftig ihren in Handelsverträgen festgelegten Verpflichtungen pünktlicher nachkommen, erklärte der stellvertretende Ministerpräsident, Walter Ulbricht, bei seinem Bericht, den er auf der 40ten der ostzonen Volkskammer am 28. Juni in Oesterlin über die Handelsvertragsverhandlungen mit Warschau, Prag und Ungarn erstattete.

Zum Nachfolger des kürzlich entlassenen Direktors des Leipziger Messeamtes Paul Voh wurde der 28 Jahre alte ehemalige Student David Rummelsberg ernannt. Wie gleichfalls bekannt wird, hat der ebenfalls 28-jährige Direktor des Messeamtes normale der SED angehört, sondern war seit 1945 Mitglied der CDU. Bei seiner Entlassung mußte er innerhalb 10 Minuten sein Büro verlassen. Mit ihm zusammen wurden drei Hauptreferenten, die ebenfalls nicht der SED angehörten, entlassen.

WEISERT, LOSER & SOHN

Karlsruhe-Rheinhafen



Die Fachfirma für:
Nudelwell- und
Schneidmaschinen
Teigwarenautomaten
Trockenanlagen
Knetmaschinen
in allen Arten
Rühr- und
Schlagmaschinen
Teigtellmaschinen
Speiseismaschinen
Elektromotoren

Ständige Ausstellung in sämtlichen Bäckereimaschinen

Südwestdeutsche Sauerstoffwerke

Fernsprecher 1723 KARLSRUHE-RHEINHAFEN Südböckstraße 20

Wir liefern

Sauerstoff Profluß Wasserstoff Stickstoff Acetylen

für Industrie und Handwerk



Carl August Nieten & Co.

Kohlenhandels-gesellschaft
Karlsruhe am Rhein

Umschlag, Großhandel und Einzelhandel
Kohlen, Koks, Briquets, Holz und Löss

Hauptbüro: Rheinhafen, Nordböckstraße 4, Stadthaus, Kaiserstraße 88
Telefon: 5164, 5165 und 5506

M. Stromeyer

Lagerhausgesellschaft

Karlsruhe-Rheinhafen, Werftstr. 14-16 - Fernsprecher 906, 907, 9070

Kohlengroßhandel

Heizöle

Düngemittel

Pflanzenschutz- und

Schädlingsbekämpfungsmittel

Torfstreu - Torfmull - Moorerde

25 000 qm Lagerfläche

Umschlagsanlage mit über 1000 t tägliche Kapazität

Brech- und Siebwerke für Kohlen und Koks



Stadtlager
Karlstraße 108 - 112

Böhlslager
Wolffswegener Str.

Lagerplatz
Karlsruhe-Rheinhafen

Nordböckstraße

(Schiffsanlegestelle)

Karlsru. 108-112, Tel. 7576/77/78
Baumaterialien-großhandel
Plattenauführungen - Glasfabrikates - Oberböck

FRANZHANIEL & CIE.

Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Umschlagsbetrieb

KARLSRUHE-HAFEN, Südböckstraße 19a
Telefon Nr. 6375



RAAB KARCHER

Ges. m. b. H.

KARLSRUHE
ESSEN - DUISBURG

SCHIFFFAHRT
KOHLEN UMSCHLAG MINERALÖL

Holland auf dem Wege zur Industrialisierung

Der Verlust seiner Stellung als eine der großen Kolonialmächte der Welt durch die Indonesien gewährte Unabhängigkeit hat Holland noch rascher auf den Weg der Industrialisierung geführt, als das ohnehin im Zuge der allgemeinen technischen Entwicklung der Fall gewesen wäre.

Das Industrialisierungsprogramm der holländischen Regierung sieht für die nächsten vier Jahre Investitionen in der Höhe von 3,7 Milliarden Gulden vor. In einem Überblick, den der Direktor des Zentralinstitutes für die industrielle Entwicklung in Holland, Dr. P. Schönemaker, kürzlich vor Industriellen in Amsterdam gab, erklärte er, daß durch die geplante Erweiterung der holländischen Stahlindustrie in den nächsten Jahren Arbeitsplätze für rd. 75 000 Arbeiter geschaffen werden sollen und daß man den Kräftebedarf in der Metallverarbeitung im Laufe der Jahre 14 000 technisch Angestellte mit Hochschulbildung voraussetzt hat. Der in den letzten Jahren hervorgerufene Mangel an Fachkräften habe allerdings nicht gehindert, daß die Kriegschäden in der Metallverarbeitenden Industrie inzwischen fast vollständig beseitigt worden sind. Die Gesamtproduktion dieser Industrie im Jahre 1936 betrug 2,5 Mrd. Gulden, der Exportanteil an dieser Produktion habe etwa 430 Mill. Gulden betragen. In der elektrotechnischen Industrie sei der Ansehenswert im vergangenen Jahr sogar auf 40% der Gesamtproduktion dieses Industriezweiges gestiegen und habe damit 12% der Gesamtproduktion Hollands erreicht. Trotz dieses hohen Standes der holländischen elektrotechnischen Erzeugung und der Aufwärtstrends, so sagt Dr. Schönemaker, werde immer noch viel zu viel elektrotechnisches Material aus dem Ausland eingeführt.

Der Produktionswert der holländischen chemischen Industrie belief sich im Jahre 1936 auf rd. 3 Mrd. Gulden, wovon fast ein Drittel exportiert wurden. In der gesamten chemischen Industrie für die chemische Industrie in Holland nicht allen günstig. Holland besitzt nur wenig Rohstoffe wie B. Soda, Kohle und Erdöl und deren Deckung immerhin erhebliche die günstige geographische Lage Hollands außerordentlich auszunutzen. Die letzten Pariser Verhandlungen haben die Verstaatlichung der Labour-Regierung in ein neues Licht gerückt. Heute steht nicht mehr die Technik der Verstaatlichung im Mittelpunkt des Interesses der britischen Öffentlichkeit, sondern die Frage, ob überhaupt noch weiter verstaatlicht werden soll oder nicht. Dieser Unsicherheitsfaktor über das Schicksal ganzer Industriezweige macht sich insbesondere auf dem Gebiet der Kreditwesen bemerkbar. Private Banken und dazu zählen ja auch Privatbanken werden mit der Gewährung von Krediten bei solchen industriellen Vorhaben zurückhaltend sein, über deren Schicksal noch nicht eindeutig entschieden werden ist. Das gilt vor allem für die britische Eisen- und Stahlindustrie, obwohl gerade als Mittel zur Förderung und Verbesserung ihrer Produktionsanlagen dringend benötigt. Um dieser Stagnation im Kreditwesen wenigstens entgegenzuwirken, hat sich die britische Regierung bereit erklärt, der „Finance Corporation for Industry“ weitgehend entgegenzukommen. Aufgabe dieses Finanzinstitutes für die britische Industrie ist es, insbesondere solche Industriezweige finanziell zu unterstützen, die durch ausländische Konkurrenz bedrängt werden. Die Regierung hat sich damit verpflichtet, die Eisen- und Stahlindustrie seitens der Finance Corporation zur Verfügung gestellten Kredite bei einer evtl. Verstaatlichung der Eisen- und Stahlindustrie innerhalb eines Zeitraumes von 18 Monaten zurückzahlen. Damit war dem Finanzierungsinstitut der Weg zur Kreditgabe gesichert.

Die Finance Corporation ist im Jahre 1935 auf Anregung der Bank von England von englischen und schottischen Banken gegründet worden, zu dem ausgesprochenen Zweck, außer der Eisen- und Stahlindustrie auch der Kohle- und der Transportindustrie, die inzwischen beide verstaatlicht worden sind, finanzielle Unterstützung zu gewähren. Dem jüngsten Jahresbericht dieses halböffentlichen Finanzinstitutes ist zu entnehmen, daß von März 1937 bis März 1938 insgesamt 67 Mill. Pfund Sterling Kredite an die Industrie gegeben bzw. bereitgestellt wurden sind. Davon waren nicht weniger als 33 Mill. Pfund Sterling für die Eisen- und Stahlindustrie bestimmt, insgesamt waren bis zum 31. März 1938 33 Mill. Pfund Sterling fest vergeben, 34 Mill. Pfund Sterling bereitgestellt. An die Eisen- und Stahlindustrie waren davon 21 Mill. Pfund gegangen und 23 Mill. angewiesen. Im Vergleich zu diesem Bilanzstamm nehmen sich die Gewinne der Corporation mit 38 000 Pfund Sterling im Jahre 1937-38 recht bescheiden aus. Das Finanzierungsinstitut sieht zunächst seine Aufgabe auch nicht darin, große Überschüsse zu erzielen, sondern der Industrie möglichst billiges Geld zur Verfügung zu stellen. Die Corporation hat bisher noch keine Dividenden verteilt und sie beschließt, so heißt es in dem Bericht, auch in Zukunft nicht auf Dividendengewinn auszugehen. Die Grundkonzeption ihrer Tätigkeit liegt in der Hilfe für Unternehmen, die von anderer Seite keine Kredite erhalten können. Es ist also eine Kreditgewährung auf lange Sicht. Die Finance Corporation nimmt selbst Kredite bei Banken auf und gibt diese mit einem minimalen Zinsaufschlag an ihre Klienten weiter.

Einer der Hauptbedürfnisse der Corporation ist zur Zeit die Steel Company of Wales, die z. Zt. neue Walzstraßen für Stahl und Weißblech in Südwales errichtet. Bereits im nächsten Jahr hofft man damit, den z. Zt. empfindlichen Mangel an Stahl- und Weißblech, — die einzigen Walzwerkzeugstoffe übrigens, die in Großbritannien noch immer importiert sind — beheben zu können. Solche Projekte verdienen erfindungsgemäß Unterstützung. Von März 1937 bis zum März 1938 ist die Gesamtsumme der Ausleihungen von 11 Mill. Pfund Sterling sprunghaft auf 33 Mill. Pfund gestiegen, eine Folge der Tatsache, daß nicht nur das Walzwerk, sondern auch andere Kreditnehmer doch weit mehr Kapital benötigen als zunächst für sie veranschlagt worden war.

Wie sind nun die Zukunftsaussichten dieses großen Finanzierungsinstitutes der britischen Industrie zu beurteilen? Wird es die mit der Vergrößerung der unterirdischen stehende eigene finanzielle Belastung durchhalten können? Darauf ist, solange die Frage der Verstaatlichung oder Nichtverstaatlichung der betr. Industriezweige nicht geklärt ist, schwer, eine eindeutige Antwort zu finden. Wird die Verstaatlichung Tatsache, dann wird sich die Finance Corp. ebenso wie dem Bereich der Eisen- und Stahlindustrie zurückziehen, wie sie es schon bei der Kohle- und der Transportindustrie nach durchgeführter Verstaatlichung getan hat. Wird aber der Gedanke der Verstaatlichung lediglich fiktional geblieben, dann wird auch allmählich wieder der Weg für die Privatfinanzierung in der Eisen- und Stahlindustrie freier werden und sich privates Kapital für die Werke finden lassen. Alsdann würde der Finance Corporation die Hauptlast der Verantwortung abgenommen.

Wie die Entscheidung auch fallen mag, der Vorsitzende der Corporation, der frühere Premierminister von Australien, Lord Bruce of Melbourne, sieht die Zukunftsaussichten des Instituts in der Vorfinanzierung neuer Industrien, insbesondere solcher, die auf neuem wissenschaftlichen Entdeckungen und Fortschritten beruhen, für die sich so leicht kein privater Geldgeber findet. Die Corporation soll solche Industriezweige schon im frühesten Stadium den Start ermöglichen.

Die Einfuhr von Rohstoffen, die im Lande selbst nicht vorkommen, die holländische chemische Industrie, so sagt Dr. Schönemaker, stehe am meisten noch in den Kinderschuhen.

Auf die Entwicklung in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie eingehend, erklärte Dr. Schönemaker, daß die vollständige Modernisierung und Erneuerung der technischen Anlagen und Einrichtungen mindestens noch zwei bis drei Jahre in Anspruch nehmen werde. Die Lebensmittelindustrie sei in der Lage, nicht nur den gesamten einheimischen Bedarf zu decken, sondern darüber hinaus eine recht ansehnliche Menge zu exportieren. Die Nahrungs- und Genussmittelfuhr mache etwa ein Viertel der gesamten holländischen Ausfuhr aus.

Bei Textilien sei die Einfuhr größer als die Ausfuhr, dennoch könne Holland mit seinen Textilierzeugnissen auf den Weltmärkten erfolgreich konkurrieren. In der Textilindustrie bestünde z. Zt. ein gewisser Mangel an guten Fachkräften. Dr. Schönemaker wies auf die Wichtigkeit der Forschungstätigkeit und des Erfindertums hin. Die Produktion von Wolllagern müsse erhöht werden, bei Baumwollspinnerei erziele man durchsichtiger, holländische Marktstellung, die in den letzten 40 Jahren erheblich gestiegen habe, zurückzugewinnen. Im Jahre 1936 seien nur noch 12% der holländischen Baumwollspinnerei im Ausland gegangen gegenüber 34% im Jahre 1910.

Holland zur internationalen Zusammenarbeit bereit

Holland wird jederzeit bereit sein, an der Durchführung von Plänen mitzuwirken, die eine internationale Zusammenarbeit im Interesse der gesamten europäischen Wirtschaft zum Ziel haben, erklärte der niederländische Vize-Minister Dr. Spuijen am Donnerstag in einer in deutscher Sprache gehaltenen Rede auf dem internationalen Hofabend, der zum ersten Male nach dem Kriege wieder in Rotterdam stattfand. An dem Treffen war die Deutsche Bundesrepublik mit über 100 Teilnehmern aus Schiffahrt, Handel und Industrie unter den ausländischen Gästen

Industriefinanzierung in England

Die letzten britischen Pariser Verhandlungen haben die Verstaatlichung der Labour-Regierung in ein neues Licht gerückt. Heute steht nicht mehr die Technik der Verstaatlichung im Mittelpunkt des Interesses der britischen Öffentlichkeit, sondern die Frage, ob überhaupt noch weiter verstaatlicht werden soll oder nicht. Dieser Unsicherheitsfaktor über das Schicksal ganzer Industriezweige macht sich insbesondere auf dem Gebiet der Kreditwesen bemerkbar. Private Banken und dazu zählen ja auch Privatbanken werden mit der Gewährung von Krediten bei solchen industriellen Vorhaben zurückhaltend sein, über deren Schicksal noch nicht eindeutig entschieden werden ist. Das gilt vor allem für die britische Eisen- und Stahlindustrie, obwohl gerade als Mittel zur Förderung und Verbesserung ihrer Produktionsanlagen dringend benötigt. Um dieser Stagnation im Kreditwesen wenigstens entgegenzuwirken, hat sich die britische Regierung bereit erklärt, der „Finance Corporation for Industry“ weitgehend entgegenzukommen. Aufgabe dieses Finanzinstitutes für die britische Industrie ist es, insbesondere solche Industriezweige finanziell zu unterstützen, die durch ausländische Konkurrenz bedrängt werden. Die Regierung hat sich damit verpflichtet, die Eisen- und Stahlindustrie seitens der Finance Corporation zur Verfügung gestellten Kredite bei einer evtl. Verstaatlichung der Eisen- und Stahlindustrie innerhalb eines Zeitraumes von 18 Monaten zurückzahlen. Damit war dem Finanzierungsinstitut der Weg zur Kreditgabe gesichert.

Die Finance Corporation ist im Jahre 1935 auf Anregung der Bank von England von englischen und schottischen Banken gegründet worden, zu dem ausgesprochenen Zweck, außer der Eisen- und Stahlindustrie auch der Kohle- und der Transportindustrie, die inzwischen beide verstaatlicht worden sind, finanzielle Unterstützung zu gewähren. Dem jüngsten Jahresbericht dieses halböffentlichen Finanzinstitutes ist zu entnehmen, daß von März 1937 bis März 1938 insgesamt 67 Mill. Pfund Sterling Kredite an die Industrie gegeben bzw. bereitgestellt wurden sind. Davon waren nicht weniger als 33 Mill. Pfund Sterling für die Eisen- und Stahlindustrie bestimmt, insgesamt waren bis zum 31. März 1938 33 Mill. Pfund Sterling fest vergeben, 34 Mill. Pfund Sterling bereitgestellt. An die Eisen- und Stahlindustrie waren davon 21 Mill. Pfund gegangen und 23 Mill. angewiesen. Im Vergleich zu diesem Bilanzstamm nehmen sich die Gewinne der Corporation mit 38 000 Pfund Sterling im Jahre 1937-38 recht bescheiden aus. Das Finanzierungsinstitut sieht zunächst seine Aufgabe auch nicht darin, große Überschüsse zu erzielen, sondern der Industrie möglichst billiges Geld zur Verfügung zu stellen. Die Corporation hat bisher noch keine Dividenden verteilt und sie beschließt, so heißt es in dem Bericht, auch in Zukunft nicht auf Dividendengewinn auszugehen. Die Grundkonzeption ihrer Tätigkeit liegt in der Hilfe für Unternehmen, die von anderer Seite keine Kredite erhalten können. Es ist also eine Kreditgewährung auf lange Sicht. Die Finance Corporation nimmt selbst Kredite bei Banken auf und gibt diese mit einem minimalen Zinsaufschlag an ihre Klienten weiter.

Einer der Hauptbedürfnisse der Corporation ist zur Zeit die Steel Company of Wales, die z. Zt. neue Walzstraßen für Stahl und Weißblech in Südwales errichtet. Bereits im nächsten Jahr hofft man damit, den z. Zt. empfindlichen Mangel an Stahl- und Weißblech, — die einzigen Walzwerkzeugstoffe übrigens, die in Großbritannien noch immer importiert sind — beheben zu können. Solche Projekte verdienen erfindungsgemäß Unterstützung. Von März 1937 bis zum März 1938 ist die Gesamtsumme der Ausleihungen von 11 Mill. Pfund Sterling sprunghaft auf 33 Mill. Pfund gestiegen, eine Folge der Tatsache, daß nicht nur das Walzwerk, sondern auch andere Kreditnehmer doch weit mehr Kapital benötigen als zunächst für sie veranschlagt worden war.

Wie sind nun die Zukunftsaussichten dieses großen Finanzierungsinstitutes der britischen Industrie zu beurteilen? Wird es die mit der Vergrößerung der unterirdischen stehende eigene finanzielle Belastung durchhalten können? Darauf ist, solange die Frage der Verstaatlichung oder Nichtverstaatlichung der betr. Industriezweige nicht geklärt ist, schwer, eine eindeutige Antwort zu finden. Wird die Verstaatlichung Tatsache, dann wird sich die Finance Corp. ebenso wie dem Bereich der Eisen- und Stahlindustrie zurückziehen, wie sie es schon bei der Kohle- und der Transportindustrie nach durchgeführter Verstaatlichung getan hat. Wird aber der Gedanke der Verstaatlichung lediglich fiktional geblieben, dann wird auch allmählich wieder der Weg für die Privatfinanzierung in der Eisen- und Stahlindustrie freier werden und sich privates Kapital für die Werke finden lassen. Alsdann würde der Finance Corporation die Hauptlast der Verantwortung abgenommen.

Britische Elektrofirmen im Nahen Osten

Vertreter der fünf größten britischen Herstellerfirmen für Elektromaterial haben kürzlich in Zypern lokale Besprechungen geführt, über Mittel und Wege, den Export von Elektromaterial aus Großbritannien in die Länder des Nahen und Mittleren Ostens zu forcieren. Die Besprechungen bezogen sich u. a. darauf, den Ingenieuren der Mittelostländer technische Beratung und Unterstützung zu leisten und die britische Herstellerindustrie über die Marktbedingungen in diesen Ländern laufend zu unterrichten. Von den größten Elektrofirmen werden zugleich die Interessen von rund 350 weiteren britischen Herstellerfirmen kleineren Umfangs wahrgenommen.

Die Verwendung blockierter Ausländerguthaben in Argentinien. Die Verwendung blockierter Ausländerguthaben in Argentinien für die Investierung in Bienenwerke ist durch ein kürzlich erschienenen Rundschreiben der argentinischen Zentralbank erleichtert worden. Das Rundschreiben bestimmt, daß die auf nicht transferierbaren Konten deponierten Pauschbeträge künftig zum An- und Verkauf sowie zur Subskription von neuen Bienenwerken, staatlichen und privaten Teln und Aktien verwendet werden können, ohne, daß dafür, wie das bisher erforderlich war, die Genehmigung der argentinischen Zentralbank in jedem einzelnen Falle eingeholt werden muß. Es ist vielmehr lediglich erforderlich, daß die Banken, die im Auftrage der ausländischen Besitzer diese Operationen vornehmen, gleichzeitig bzw. nachher die Zentralbank von der vorgenommenen Transaktion verständigen. Auch zur Bezahlung von Kabel- und Postposten, Gebühren und Bankprovisionen, die im Zusammenhang mit diesen Operationen stehen, dürfen die betreffenden Gelder verwendet werden. Der bisher bestehende Zwang, vor solchen Operationen die Genehmigung der Zentralbank einzuholen, machte ihre Durchführung infolge des praktischen meistens damit verbundenen Zeitverlustes häufig schwierig oder unrentabel. Das Rundschreiben bestimmt jedoch im Hinblick auf den immer noch

Schiffsverkehr USA - Deutschland nimmt zu

Die Zahl der amerikanischen Reedereien, die den Verkehr zwischen amerikanischem und deutschem Hafen durchführen, ist ständig im Steigen begriffen. Wie aus dem im „Journal of Commerce“ veröffentlichten Schiffsfahrplan hervorgeht, hat sich die Zahl der Schiffe, die New York mit dem Ziel Deutschland verlassen, in den beiden letzten Jahren verdoppelt. Während in der letzten Aprilwoche dieses Jahres auf der Abfahrtsliste des New Yorker Hafens 24 Schiffe für Bremen, 6 für Bremerhaven, 1 für Bracke und 3 für Hamburg eingetragen waren, standen noch vor 2 Jahren für die gleiche Zeit nur 12 Schiffe mit dem Ziel Bremen und 17 mit dem Ziel Hamburg auf der Liste. Die Zahl der Schiffsahrtsgesellschaften, die die deutsche Route betreten, wird vom „Journal of Commerce“ für die letzte Aprilwoche dieses Jahres mit 27 angegeben.

Spanisch-Italienischer Quecksilberkrieg?

Der Zusammenbruch des spanisch-italienischen Quecksilber-Kartells „Mercurio Europeo“ wird von spanischer Seite wie folgt kommentiert: Der Anlaß für das spanisch-italienische Zerwürfnis ist nach spanischer Meinung in dem Verkauf von 80 000 Flaschen Quecksilber an die USA zu sehen, wobei es der italienischen Kartellpartner verdrüßlich, entsprechend der im Abkommen zwischen beiden Interessengruppen festgelegten Bestimmung, Spanien vorher von diesem beabsichtigten Verkauf zu unterrichten. Spanien wäre berechtigt, nach dem Kartellabkommen eine beträchtliche Kompensationszahlung zu verlangen, die mit etwa 45 Mill. Dollar beziffert wird. Spanien hat aber wenig Hoffnungen, je in den Besitz der Konventionstrafe zu kommen, deren Höhe wie gesagt im Kartellabkommen für solchen Fall festgesetzt worden ist. Von spanischer Seite haben nämlich diese Vorteile die italienischen Geschäftsmethoden ein sehr scharfe Kritik erfahren. Entgegen unläufigen Gerüchten, wozu bereits Verhandlungen wegen einer Wiederverrichtung des Kartells im Gange seien, wird von den staatseigenen spanischen Gruben Minas de Almaden die feste Absicht erklärt, vorläufig keine solchen Vereinbarungen mit den italienischen Erzeugern zu treffen. Für eine solche Einsetzung werden eine Anzahl von Gründen angeführt. So wird erwähnt, daß das spanische Quecksilber von außerordentlich hoher Reinheit ist, Ferner sind die Gewinnungskosten beträchtlich niedriger als in Italien, da die spanische Erze etwa 8% Hg enthalten, während die italienischen Erze nur etwa 4% Hg führen. Man weist ferner darauf hin, daß die spanischen Gruben in Staatsbesitz sind, und deshalb einem wirtschaftspolitisch weitaus besser und mit mehr Aussicht auf Erfolg führen könnten als die privaten italienischen Gruben.

Nachdem die spanischen Gruben Quecksilberindustrie staatliche Subventionen zur Verfügung. Die spanischen Quecksilberpreise liegen gegenwärtig je nach Menge zwischen 32 Dollar für spanische Hälften oder frei spanische Grube und 47,125 Dollar für Partien von 10 000 Flaschen. Von italienischer Seite liegen zwar Offerten in großen Umfang zu 47 Dollar frei vor, doch glaubt man in Madrid nicht, daß die spanische Geschäft ungünstig beeinflussen. Aus Spanien wird über beträchtliche Nachfrage nach Quecksilber aus aller Welt berichtet, insbesondere für die Anlage einer strategischen Vorräte in den Vereinigten Staaten. Auch aus London und aus der Schweiz liegen Anfragen vor, und die Konvention ist gleichfalls bemüht, einen Quecksilbermarkt anzulegen. Die Spekulation hat sich ebenfalls beteiligt. Sie wurde offenbar in ihren Klauen von den Kriegsbefürchtungen, die gegenwärtig weite Kreise beherrschen, befruchtet.

Von spanischer Seite wird darauf hingewiesen, daß die spanische Produktion wesentlich höher ist als die italienische, und daß die Tendenz zeigt, weiter

zunehmen. Zwar sind Einzelheiten über den gegenwärtigen Stand der Produktion nicht zu erhalten, doch stellt man fest, daß die Erzeugung des vergangenen Jahres mit Sicherheit höher lag als die bisherige Rekordproduktion von 50 000 Flaschen im Jahr vor dem Kriege, und daß die Erzeugung des laufenden Jahres wahrscheinlich noch höher liegen wird. Im Besitze von praktisch unerschöpflichen Erzvorkommen, die in letzter Zeit durch die Aufschließung neuer Erzkörper in ihrem bekannten Umfang noch erweitert wurden, haben die Gruben von Almaden alles Vertrauen in ihre Fähigkeit jeden nur aufzutretenden Bedarf zu decken zu können. Vorräte von einigen tausend Flaschen werden in verschiedenen spanischen Häfen zur Veranschaffung bereitgehalten und von spanischer Seite wird erklärt, daß eine jährliche Erzeugung von 100 000 Flaschen durchaus im Bereich des Möglichen liegt.

Stabilisierung des italienischen Preisniveaus

Nach dem Großhandelspreisindex der Edison-Gruppe (Mailand) haben die italienischen Preise seit etwa Februar d. J. eine gewisse Stabilität erreicht. Die Indexkoeffizienten der Edison-Gruppe lauten auf der Basis von 1936 = 100 wie folgt:

1947	Monatsdurchschnitt	1944
1948		8678
1949		5724
1950 Januar		3116
Februar		5198
März		5078
April		5034
Mai		5141

Bei einer Unterscheidung zwischen Rohstoffen, Halbfabrikaten und Fertigwaren ergibt sich, daß die Rohstoffe sehr eine Aufwärtsentwicklung haben, während bei Fertigwaren eine klare Tendenz zur Preisstabilisierung erkennbar ist.

Neuer Zolltarif veröffentlicht ...

Der volle Text des italienischen Zolltarifs wurde jetzt veröffentlicht. Der Band umfaßt 412 Seiten. Die Mailänder Wirtschaftszeitung „L'Espresso“ zeigt für die deutschen Behörden gegenüber dem neuen Zolltarif ein gewisses Verständnis, denn in der Tat erhebt der neue Tarif ungleichmäßig die Zölle gerade für die Artikel, die Deutschland nach Italien exportieren wollen.

... Inkraftsetzung zurückgezogen

Der Entschluß Italiens, den neuen Zolltarif am 1. Juli in Kraft zu setzen, ist im letzten Moment durch eine Entscheidung des hierfür zuständigen Parlamentarischen Ausschusses geändert worden und informierte Kreise glauben, daß mit der Inkraftsetzung jetzt nicht mehr vor dem 15. Juli gerechnet werden kann.

Verwendung blockierter Ausländerguthaben in Argentinien

Die Verwendung blockierter Ausländerguthaben in Argentinien für die Investierung in Bienenwerke ist durch ein kürzlich erschienenen Rundschreiben der argentinischen Zentralbank erleichtert worden. Das Rundschreiben bestimmt, daß die auf nicht transferierbaren Konten deponierten Pauschbeträge künftig zum An- und Verkauf sowie zur Subskription von neuen Bienenwerken, staatlichen und privaten Teln und Aktien verwendet werden können, ohne, daß dafür, wie das bisher erforderlich war, die Genehmigung der argentinischen Zentralbank in jedem einzelnen Falle eingeholt werden muß. Es ist vielmehr lediglich erforderlich, daß die Banken, die im Auftrage der ausländischen Besitzer diese Operationen vornehmen, gleichzeitig bzw. nachher die Zentralbank von der vorgenommenen Transaktion verständigen. Auch zur Bezahlung von Kabel- und Postposten, Gebühren und Bankprovisionen, die im Zusammenhang mit diesen Operationen stehen, dürfen die betreffenden Gelder verwendet werden. Der bisher bestehende Zwang, vor solchen Operationen die Genehmigung der Zentralbank einzuholen, machte ihre Durchführung infolge des praktischen meistens damit verbundenen Zeitverlustes häufig schwierig oder unrentabel. Das Rundschreiben bestimmt jedoch im Hinblick auf den immer noch

bestehenden Kriegszustand zwischen Argentinien einerseits und Deutschland und Japan andererseits, daß diese Operationen nicht auf Konten erfolgen können, deren Inhaber deutscher oder japanischer Nationalität sind.

Griechenland für gemeinsame Außenpolitik der Mittelmeerstaaten

Die griechische Regierung bezieht sich zur Zeit mit der Möglichkeit einer handelspolitischen Zusammenarbeit der Mittelmeerländer bei der Ausfuhr der gleichartigen Mittelmeererzeugnisse. Durch diese sollen Einheitspreise für die verschiedenen Qualitäten und Typen sowie eine Kontingentierung für jedes Land auf Grund seiner Produktion festgesetzt werden. Mit der Türkei wurden bereits entsprechende Verhandlungen wegen der gemeinsamen Fischereifahrt eingeleitet. Ferner sind Besprechungen über eine gemeinsame Ausfuhrpolitik für Olivenöl vorgesehen. Wein und Trockenfrüchte sollen folgen. Das griechische Wirtschaftsministerium stellt eine Typisierung der verschiedenen in Frage kommenden Produkte auf, die ebenso wie die Art der Verpackung eine bedeutende Rolle spielt. Außerdem ist eine gemeinsame Reklame für gleichartige Produkte in Aussicht genommen.

Schwedische Zellulosepreise in den USA

Die neuen Preise für schwedische Zelluloselieferungen nach den Vereinigten Staaten im 1. Quartal 1950 stellten sich folgendermaßen: gebleichtes Sulfit 128 Dollar höher 119, ungebleichtes Sulfit 107 Dollar (100), gebleichtes Sulfat 136 Dollar (135), ungebleichtes Sulfat 96,50 Dollar (95). Notierungen per short ton. Es bedarf besonderer Erwähnung, daß die üblichen schwedischen Exporteure die Preise selbst und unabhängig vereinbarten, so daß häufig erhebliche Unterschiede bestehen. Aus Fachkreisen ist zu erfahren, daß eine Reihe von Exporteuren höhere Preise zu erzielen versuchten. Es wird angenommen, daß im 4. Quartal die derzeitigen Preise sinken könnten, wahrscheinlich infolge der starken Knappheit an Zellulose, noch mit einem weiteren Steigen der Preise gerechnet werden.

Günstige Preisrelationen im Außenhandel

Seit der Abwertung hat sich Schwedens Außenhandelsposition in beträchtlichem Maße ausserordentlich verbessert. Über die Entwicklung des Verhältnisses zwischen Einfuhr- und Ausführungspreisen unterrichtet die folgende Übersicht:

	Größtmittel-Index	Import-Index (1937=100)	Export-Preis-Index
Dez. 1948	217	270	274
Aug. 149	214	258	238
Dez. 1949	209	212	250
Jan. 1950	219	215	269
Februar	220	214	273
März	220	212	278
April	221	211	279
Mai 1950	221	212	284

Zwar haben sich nach der Abwertung unmittelbar sowohl die Import- als die Exportpreise zu erhöhen begonnen; seit der Jahreswende jedoch hat sich das Importniveau stabilisiert und bereits wieder etwas abschwächen, während die Exportpreise angesetzt haben, so daß sie gegenwärtig noch über dem Stande des besonders günstigen Ausführjahres 1948 liegen. Die Verbesserung der Exportpreise entfällt nahezu ganz auf Holz, Zellulose sowie einige Papierarten.

Metall-Streiflichter

Subventionsgesetz für den amerikanischen Bergbau

Nach einer Gesetzesvorlage, die der Senator McCarran im amerikanischen Senat eingebracht hat, soll der amerikanische Metallbergbau im Jahre 1951 45 Mill. Dollar an Subventionen erhalten und in jedem der drei folgenden Jahre 67,5 Mill. Dollar. Der Vorschlag sieht vor, daß ein Teil der Subventionen für die Subventionierung des amerikanischen Erzkohlebaus Verwendung finden soll.

Ausbau der Stahlkapazität in den USA

Nach einem Bericht der amerikanischen Fachzeitschrift „The Iron Age“ wird die Stahlkapazität der USA im laufenden Jahr um etwa 3 Mill. t erweitert werden. Für 1951 ist ein weiterer Ausbau um 1,79 Mill. t geplant.

Steigende amerikanische Weißblecherzeugung

Nach einem Bericht des amerikanischen Eisen- und Stahlinstituts belaufen sich die Abfertigungen der amerikanischen Weißblechindustrie im März auf insgesamt 302.833 t gegenüber nur 252.630 t im März des Vorjahres. Auf Weißblech, das im Zweifelhafsten hergestellt ist, entfielen im März 140.823 t, im Februar auf elektrolytisch erzeugtes Weißblech dagegen 202.609 t, gegen nur 183.832 t im April des Vorjahres. Die Produktion von Weißblech ist damit im März weiter auf rund 61% gestiegen. Im ersten Quartal 1950 beliefen sich die Gesamtabfertigungen der amerikanischen Weißblechwerke auf 1.039.845 t gegenüber nur 931.630 t in den ersten drei Monaten 1949.

Schattenfabriken der ALCOA

Die weiterverarbeitenden Fabriken der Aluminum Co. of America sind zwar gegenwärtig mit der Umstellung ihrer Erzeugung für den Erdbeerdbedarf beschäftigt, doch wird aus London gemeldet, daß der neue Walzwerk der ALCOA in Davenport im Staate Iowa in seiner Anlage auch eine notwendig werdende Umstellung auf Kriegbedarf herbeiführt. Nach Angaben der ALCOA kann das Werk schnell auf rüstungswichtige Erzeugnisse umgestellt werden, und die gegenwärtige Kapazität von 7500 t monatlich kann innerhalb von drei bis sechs Monaten um zwei Drittel erhöht werden. Eine zweite Walzstraße für heiß gewalzte Bleche, die in der Anlage des Werkes vorgesehen ist, wird die Leistungsfähigkeit auf 12.000 t im Monat bringen.

ECA und die amerikanischen Quockelieferungen

Dem vierzehnjährigen Bericht des US Bureau of Mines ist zu entnehmen, daß die Vereinigten Staaten im vergangenen Jahr 94.613 t schwebende Quockelieferungen zu 34,5 t importiert haben. Das war eine Zunahme der Einfuhren um rund 120% gegen das Vorjahr. Die Hauptmenge dieser Einfuhr kam aus Italien und wurde aus dem Commonwealth der ECA-Hilfe bezahlt. Der größte Teil dieser hohen Einfuhr war außerdem für die Auffüllung des strategischen Vorrats der amerikanischen Regierung bestimmt. Italien ist ein Mitglied der OEEC. Spanien dagegen nicht. Die amerikanischen Quockelieferungen

deren Preise auch gegenwärtig noch steigende Tendenz haben, so daß es als nicht unwahrscheinlich anzusehen ist, daß sich die Relation zwischen Einfuhr- und Ausführungspreisen in den nächsten Monaten noch mehr zu schwedischen Gunsten verändert.

Deutsch-schwedische Handelsvertragsverhandlungen vor dem Abschluss

Aus Stockholm wird berichtet, daß die zwischen der Bundesrepublik und Schweden bestehende Handelsabkommen am 26. Juni abgeschlossen ist. Da die in Frankfurt a. M. stattfindenden Handelsverhandlungen bisher zu keinem neuen Abkommen geführt hätten, sei vereinbart worden, den Handelsverkehr bis auf weiteres auf der alten Grundlage fortzusetzen. Das schwedische Handelsministerium habe die weitere Erzielung von Einheitspreisen im bisherigen Umfang zugesagt.

Erweiterung der schwedischen Freilisten im Gefolge der EPU

Die Durchführung der Europäischen Zahlungsunion (EPU) werde eine Ausweitung der Freilisten für den Handel Schwedens mit einer Reihe wichtiger Länder mit sich bringen, erklärte der schwedische Handelsminister Ericson am 26. Juni. Durch das ausgeweitete System der Freilisten werde Schweden sicherlich die Möglichkeit bekommen, seinen zu niedrigeren Preisen im Ausland zu kaufen als im geschützten Inland. Eine solche Entwicklung werde zwar einen Teil der schwedischen Arbeitskraft freisetzen, die aber in andere Industriezweige überführt werden könnte, ohne daß dadurch eine Arbeitslosigkeit entstehen würde.

Bedeutung des Schuman-Plans für Schweden

Wenn der Schuman-Plan verwirklicht und Schweden ihm nicht angeschlossen werden würde, würde seine Bedeutung wahrscheinlich für das Land doch nur „mäßig“ sein, die Lage könnte indessen noch nicht klar beurteilt werden, weil zu viele Faktoren unklar seien, so daß die schwedische Wirtschaft es im allgemeinen vorziehe, abzuwarten, ohne sich auf weitgehende Spekulationen einzulassen, stellt die

Entwicklung der Bauxitvorkommen auf Jamaika

In einer Regierungserklärung werden jetzt Einzelheiten zu der geplanten Aufnahme der Bauxitgewinnung auf Jamaika bekannt. Die Bauxitreserven in den Konzessionen der Reynolds Jamaica Mines Ltd., der Jamaica Bauxite Ltd. und der Kaiser Co. werden auf etwa 130 Mill. t geschätzt. Zum Teil handelt es sich jedoch um minderwertigen Bauxit. Die drei Gesellschaften haben bisher 1,2 Mill. t investiert und sind rechnerisch bis zur Aufschwemmung der Förderung mit der Investition von weiteren 22 Mill. t. Mit der Aufnahme der Förderung ist Mitte 1952 zu rechnen, doch wird die beachtliche Gewinnung von 775.000 t im Jahr erst in einigen Jahren erreicht werden.

Kanadische Metalllieferungen im ECA-Plan

Die Canadian Metal Mining Association hat jetzt eine Zusammenstellung veröffentlicht, aus der hervorgeht, daß nahezu die gesamten Aluminiumlieferungen, etwa die Hälfte der Blei-, der Nickel- und Zinklieferungen und etwa ein Drittel der Kupferlieferungen zum Aufbau der europäischen Wirtschaft unter dem ECA-Plan von Kanada geliefert werden.

An zweiter Stelle stehen die Vereinigten Staaten, auf die rund ein Drittel der Metall-Lieferungen entfallen und der Rest wurde von den lateinamerikanischen Ländern geliefert.

Vier Fünftel der aus ECA-Mitteln finanzierten Metall-Lieferungen Kanadas gehen nach Großbritannien, wie der nachstehenden Zusammenstellung entnehmen werden kann, die die prozentuale und wertmäßige Verteilung zeigt.

In Prozenten in Mill. Dollar

	Wert	Prozent
Großbritannien	82	84,8
Frankreich	7	19,2
Niederlande	7	20,0
Deutschland	1	4,0
Andere Länder	2	5,0

Chile als Weißblecherzeuger

Wie aus London berichtet wird, erzeugt das Stahlwerk der Compania de Aceros del Pacifico in Huachipato zur Zeit etwa 600 t Stahl täglich. Das Werk hat gleichzeitig die Weißblecherzeugung aufgenommen, und es verläuft, reich die Erzeugung auszunutzen, die den Bedarf der chilenischen Wirtschaft zu decken. Über die Höhe der Erzeugung werden keine Angaben gemacht. Vor dem Krieg belief sich der chilenische Verbrauch, der durch Einfuhr aus den Vereinigten Staaten und England, in den letzten Jahren jedoch in steigendem Maße aus Deutschland, gedeckt wurde, auf zwischen 3000 und 3500 t jährlich. Deutschland lieferte vor einer Gesamtzufuhr des Jahres 1948 in Höhe von 3100 t 2275 t.

Stockholmer „Dagens Nyheter“ fest. Einen Wettbewerb mit dem schwedischen Stahlexport dürfte der Schuman-Plan kaum bedeuten, weil der gesamte schwedische Stahlexport aus besonderen Gründen besteht, die erst nach und nach in den Vereinigten Staaten und Kanada hergestellt würden. Die Risiken des Plans lägen auf einem anderen Gebiet, der Rohmaterialversorgung mit Koks und Schrott, falls der metallurgische Koks von der Ruhr in gänzlichem Umfang von den den Plan angehenden Ländern verbraucht würde, bliebe Schweden nur der Bezug aus den Vereinigten Staaten, der in Dollar bezahlt werden muß, während gegenwärtig teils Rohkoks und teils amerikanischer Koks verwendet werde. Darin könnten sich für die schwedische Stahlindustrie gewisse Belastungen ergeben, die sich vor allem auf den Inlandmarkt geltend machen würden. Ferner bestünde die Gefahr, daß die Wiederholung des Wettbewerbs auf dem Eisenmarkt, wie er vor dem Krieg bestanden habe, als belastend empfunden werden könnte, daß auch in Schweden eine Beteiligung zu erwägen versucht werden würde. Hinsichtlich der Verzinsung mit Schrott läge eine ganz ähnliche Situation vor. Falls die beiden wichtigsten Partner des Planes, Westdeutschland und Frankreich, die gegenwärtig bedeutendste schwedische Schrottlieferanten sind, den gesamten Schrott selbst verbrauchen, müßte ein erheblicher Mangel für die schwedische Industrie entstehen. Schließlich bemerkt das schwedische Blatt, daß eine stärkere Verwendung von lothringischer Minette gewisse Auswirkungen auf schwedischen Export haben könnte. Der schwedische Export könnte indessen einen relativ

starken Anstieg von Nachfrage vertragen, da diese zur Zeit nicht voll befriedigt werden könnte. Der schwedische Export ging in nur verhältnismäßig geringem Umfang nach 300 möglichen Ländern des Stahlblocks. Von der Gesamtzufuhr entfielen in den 4 ersten Monaten dieses Jahres auf Westdeutschland 29%, Belgien 19% und die Niederlande 2%, insgesamt also 37%, während Großbritannien 23% abgenommen hat. Das Blatt schließt mit der Feststellung, daß die Frage des schwedischen Anschlusses außer den genannten Faktoren weitgehend auch von der generellen Konjunkturalgestaltung abhängig sei.

„Handels Hjälpreda“

Unter weitgehender Beteiligung aller ausgedehnten schwedischen Wirtschaftsorganisationen hat die AV Carlsons Debitations A/B in Stockholm ein ganz neuartiges Handbuch für den Handel herausgegeben, welches dem ausländischen Interessenten am schwedischen Wirtschaftsleben auf das Beste über alle Zweige des organisatorischen Aufbaus der Wirtschaft, die Bedingungen am Arbeitsmarkt, die wichtigsten Verbände, die ausländischen Behörden, Export- und Importfragen, Devisenbestimmungen, Preiskontrolle, Lizenzwesen, Patentschutz, Steuerfragen usw. informiert. Dieses Handbuch ist vor allem nach dem Wachstum des Wirtschaftsverkehrs auf dem nordischen Kontinent durch eine sehr übersichtliche Anordnung des an und für sich umfangreichen Stoffes eine schnelle und sichere Informationsmöglichkeit. An der redaktionellen Bearbeitung sind u. a. beteiligt die Hauptredakteure der Zeitschriften des „Svenska Handels“ Redaktionsrat, K. G. Bergström, sowie des „Köpingarnes“, Redakteur Erik Rudman. Der Preis des Buches beträgt 28 Kr.

Neue türkische Außenhandelspolitik

Die türkische Regierung arbeitet an einem Gesetz, durch das ein neues Außenhandelsystem eingeführt werden soll. Im Sinne der Beschlüsse der Pariser OEEC-Konferenz soll die Einfuhr und Ausfuhr der Türkei stufenweise dem Freihandel angenähert werden. Staatspräsident Djeval Bayar interessiert sich nach Presseberichten persönlich sehr für diese Frage und empfiehlt eine möglichst starke Ankerhebung der Ausfuhr. Ein „Wirtschafts-Generalstab“ der demokratischen Partei prüft alle großen wirtschaftlichen, finanziellen und industriellen Probleme, deren Lösung die Regierung ansteht. An seiner Spitze steht Kazim Taslihan, ein Istanbul-Geschäftsmann und hervorragender Finanzungsverstärker.

Deutsche Börsen

Frankfurt	1.6.50	14.6.50	22.6.50	30.6.50	Düsseldorf	1.6.50	14.6.50	22.6.50	30.6.50
AEG	25	24	27 1/2	28	Alexanderwerk	80	80	80	80
Bayer	25	24	24	24	Bayer AG	110	110	110	110
Brenntag	25	24	24	24	Brenntag AG	110	110	110	110
Chemie	25	24	24	24	Chemie AG	110	110	110	110
Deutsche Erdöl	25	24	24	24	Erdöl	110	110	110	110
Deutsche Luft	25	24	24	24	Deutsche Luft	110	110	110	110
Deutsche Stahl	25	24	24	24	Deutsche Stahl	110	110	110	110
Deutsche Zement	25	24	24	24	Deutsche Zement	110	110	110	110
Deutsche Bank	25	24	24	24	Deutsche Bank	110	110	110	110
Deutsche Post	25	24	24	24	Deutsche Post	110	110	110	110
Deutsche Textil	25	24	24	24	Deutsche Textil	110	110	110	110
Deutsche Holz	25	24	24	24	Deutsche Holz	110	110	110	110
Deutsche Papier	25	24	24	24	Deutsche Papier	110	110	110	110
Deutsche Zucker	25	24	24	24	Deutsche Zucker	110	110	110	110
Deutsche Glas	25	24	24	24	Deutsche Glas	110	110	110	110
Deutsche Eisen	25	24	24	24	Deutsche Eisen	110	110	110	110
Deutsche Kupfer	25	24	24	24	Deutsche Kupfer	110	110	110	110
Deutsche Nickel	25	24	24	24	Deutsche Nickel	110	110	110	110
Deutsche Zink	25	24	24	24	Deutsche Zink	110	110	110	110
Deutsche Blei	25	24	24	24	Deutsche Blei	110	110	110	110
Deutsche Silber	25	24	24	24	Deutsche Silber	110	110	110	110
Deutsche Gold	25	24	24	24	Deutsche Gold	110	110	110	110
Deutsche Wagnere	25	24	24	24	Deutsche Wagnere	110	110	110	110
Deutsche Versicherer	25	24	24	24	Deutsche Versicherer	110	110	110	110
Deutsche Banken	25	24	24	24	Deutsche Banken	110	110	110	110
Deutsche Industrie	25	24	24	24	Deutsche Industrie	110	110	110	110
Deutsche Handel	25	24	24	24	Deutsche Handel	110	110	110	110
Deutsche Transport	25	24	24	24	Deutsche Transport	110	110	110	110
Deutsche Energie	25	24	24	24	Deutsche Energie	110	110	110	110
Deutsche Maschinen	25	24	24	24	Deutsche Maschinen	110	110	110	110
Deutsche Textil	25	24	24	24	Deutsche Textil	110	110	110	110
Deutsche Holz	25	24	24	24	Deutsche Holz	110	110	110	110
Deutsche Papier	25	24	24	24	Deutsche Papier	110	110	110	110
Deutsche Zucker	25	24	24	24	Deutsche Zucker	110	110	110	110
Deutsche Glas	25	24	24	24	Deutsche Glas	110	110	110	110
Deutsche Eisen	25	24	24	24	Deutsche Eisen	110	110	110	110
Deutsche Nickel	25	24	24	24	Deutsche Nickel	110	110	110	110
Deutsche Zink	25	24	24	24	Deutsche Zink	110	110	110	110
Deutsche Blei	25	24	24	24	Deutsche Blei	110	110	110	110
Deutsche Silber	25	24	24	24	Deutsche Silber	110	110	110	110
Deutsche Gold	25	24	24	24	Deutsche Gold	110	110	110	110
Deutsche Wagnere	25	24	24	24	Deutsche Wagnere	110	110	110	110
Deutsche Versicherer	25	24	24	24	Deutsche Versicherer	110	110	110	110
Deutsche Banken	25	24	24	24	Deutsche Banken	110	110	110	110
Deutsche Industrie	25	24	24	24	Deutsche Industrie	110	110	110	110
Deutsche Handel	25	24	24	24	Deutsche Handel	110	110	110	110
Deutsche Transport	25	24	24	24	Deutsche Transport	110	110	110	110
Deutsche Energie	25	24	24	24	Deutsche Energie	110	110	110	110
Deutsche Maschinen	25	24	24	24	Deutsche Maschinen	110	110	110	110
Deutsche Textil	25	24	24	24	Deutsche Textil	110	110	110	110
Deutsche Holz	25	24	24	24	Deutsche Holz	110	110	110	110
Deutsche Papier	25	24	24	24	Deutsche Papier	110	110	110	110
Deutsche Zucker	25	24	24	24	Deutsche Zucker	110	110	110	110
Deutsche Glas	25	24	24	24	Deutsche Glas	110	110	110	110
Deutsche Eisen	25	24	24	24	Deutsche Eisen	110	110	110	110
Deutsche Nickel	25	24	24	24	Deutsche Nickel	110	110	110	110
Deutsche Zink	25	24	24	24	Deutsche Zink	110	110	110	110
Deutsche Blei	25	24	24	24	Deutsche Blei	110	110	110	110
Deutsche Silber	25	24	24	24	Deutsche Silber	110	110	110	110
Deutsche Gold	25	24	24	24	Deutsche Gold	110	110	110	110
Deutsche Wagnere	25	24	24	24	Deutsche Wagnere	110	110	110	110
Deutsche Versicherer	25	24	24	24	Deutsche Versicherer	110	110	110	110
Deutsche Banken	25	24	24	24	Deutsche Banken	110	110	110	110
Deutsche Industrie	25	24	24	24	Deutsche Industrie	110	110	110	110
Deutsche Handel	25	24	24	24	Deutsche Handel	110	110	110	110
Deutsche Transport	25	24	24	24	Deutsche Transport	110	110	110	110
Deutsche Energie	25	24	24	24	Deutsche Energie	110	110	110	110
Deutsche Maschinen	25	24	24	24	Deutsche Maschinen	110	110	110	110
Deutsche Textil	25	24	24	24	Deutsche Textil	110	110	110	110
Deutsche Holz	25	24	24	24	Deutsche Holz	110	110	110	110
Deutsche Papier	25	24	24	24	Deutsche Papier	110	110	110	110
Deutsche Zucker	25	24	24	24	Deutsche Zucker	110	110	110	110
Deutsche Glas	25	24	24	24	Deutsche Glas	110	110	110	110
Deutsche Eisen	25	24	24	24	Deutsche Eisen	110	110	110	110
Deutsche Nickel	25	24	24	24	Deutsche Nickel	110	110	110	110
Deutsche Zink	25	24	24	24	Deutsche Zink	110	110	110	110
Deutsche Blei</									

Die aktuelle Reportage:

Karlsruher Rheinhafen

Es ist eine selbstverständliche Pflicht, vor politischen Entscheidungen, die eine stark wirtschaftliche Seite haben, die Wähler über die wirtschaftlichen Begrenzungen aufzuklären. Je besser der Wähler orientiert wird, um so sicherer kann er seine Entscheidung treffen. Südwestdeutschland steht vor einer solchen Entscheidung, nämlich entweder Wiederherstellung der alten Länder Baden und Württemberg oder Bildung des Südweststaates. Dieser Wahlkampf hat bereits in den Köpfen prominenter süddeutscher Politiker heftige Wellen geschlagen und zu starken Kontroversen geführt.

Im Mittelpunkt dieser Meinungsverschiedenheiten steht auch die Stadt Karlsruhe, die ja immer Hauptstadt des Landes Baden war und auch wieder werden soll, wenn ein Land Baden aus dieser Entscheidung hervorgeht sollte. Karlsruhe ist als Rheinmetropole gebaut und hat diesen Charakter bis heute nicht verloren. Haben aber entwickelte sich eine rege Industrie, aber diese Entwicklung wurde durch verschiedene politische Entscheidungen immer wieder gebremst. Schließlich liegt ja Karlsruhe nur wenige Kilometer vom Rhein entfernt und damit von der Grenze nach Frankreich. Ein besonders wirtschaftliches Kraftzentrum Karlsruhes war und ist auch heute noch sein Rheinhafen. Es lag daher für uns als Wirtschaftsrevue, die auch noch in Karlsruhe erscheint, nahe, einmal die Entwicklung dieses Rheinhafens darzustellen, insbesondere in Hinblick auf die Entscheidung Baden — Südweststaat.

Mit großen Eifer und nicht minder großen Kosten hatten sowohl die im Rheinhafen ansässigen Unternehmungen, die den größeren Teil der Hafenanlagen einnehmen, als auch die Stadt Karlsruhe auf ihrem Gelände die durch Kriegseinwirkung entstandenen umfangreichen Schäden im Hafen von Karlsruhe ausgemerzt und zum guten Teil wieder behoben. Der Wille zum Wiederaufbau war von dem Wunsch getragen, für viele Tausende in einer zuten Umschlagsbeschäftigung Lohn

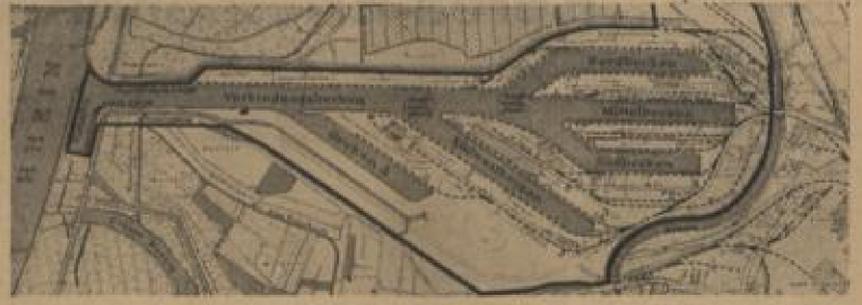
deru diesen sogar erheblich überschritten. Der Gesamtverkehr auf dem Neckar ist von 1,4 Mill. Tonnen im Jahr 1939 auf 1,8 Mill. Tonnen im Jahr 1949 angewachsen und steigt z. Z. noch weiter an. Heilbronn Verkehrswörter im Jahre 1941 betrug 1,2 Mill. Tonnen und dürfte in diesem Jahr wohl wieder erreicht werden. Was ist in diesen Tagen eine neue Regelung getroffen worden, die Karlsruhe wieder einen gewissen Zusatz an Kohlenumschlag bringen wird. Der Frachtausstoß für den

besteht sind. Außerdem hat die Industrie im Karlsruher Rheinhafen wieder aufgebaut und mit der Produktion begonnen, oder sich sogar neu etabliert, wie Getreide-Brückenbau, die Maschinenfabrik Weiser, Loser & Co. und die Biersteinfabrik von Mendinger-Pendel, die wir noch kennen.

Nach diesem kurzen Briefing über die Bedeutung und Entwicklung des Karlsruher Hafens haben wir uns in ein Boot gesetzt und die Hafenanlagen einmal durchfahren. Der Hafen verfügt über 5 Becken und den 100 m breiten und 1,9 km langen Verladekanal zum offenen Rhein, an dem sich gleichzeitig ausgebaute Umschlaganlagen und Lagerplätze (insbesondere für Holz) befinden und der somit als 6. Hafenbecken betrachtet wird. Die nutzbare Uferlänge beträgt 11 km und die Binnenanlagen haben eine Länge von 62 km, 13 moderne Verladebecken und eine Anzahl weiterer Kräne, Getreide-Elevatoren, Band- und Saugförderanlagen, sowie Werft- und Lagerhallen lassen bei einschichtigem Betrieb eine Umschlagskapazität von 4 Mill. Tonnen jährlich zu. Etwa 50 Schiffe können gleichzeitig beladen und gelüftet werden. Es darf erwähnt werden, daß — ohne Kohle — mehr als die Hälfte des Karlsruher Verkehrs für Württemberg bestimmt ist und aus diesem Gebiet stammt. Für das Karlsruhe als der nächstgrößere Umschlagort besondere Bedeutung hat.

Außerdem ist der Karlsruher Rheinhafen als z. Z. noch südlichster deutscher Binnenerschiffahrtshafen auch sehr bedeutend für den Export aus dem südwestdeutschen Raum. Ganze Züge mit Mercedes 8-Wagen gehen von hier nach Afrika und Südamerika.

Die Firma **Mendinger-Pendel** Transportgesellschaft mbH, Karlsruhe, als Agens von 14 großen bollendischen Seelinien, betrachtet es als ihre vornehmste Aufgabe, den am Export beteiligten Firmen glatte Schiffsverbindungen nach den Rheinstromhäfen herzustellen, um unter Einschaltung des Rheinstroms die günstigsten Wasserfrachten und damit gute Kalkulationsmöglichkeiten zu bieten. Mehrmals wöchentlich steht neben, wie hochverehrte Industriestützlinge in moderne Motorschiffe umpendelt werden, die diese Güter direkt längsseits an die in Amsterdam/Rotterdam anlaufenden Seeadraper anlanden. Auf diese Weise werden billige Fokien, schnellste Reisezeiten und — bedingt durch die Lohnsenkung in den Seehäfen — schonendste Behandlung der Güter erzielt. Der Hafen Karlsruhe



steht zur Verfügung. Außerdem hat die Firma große Sieb- und Brechanlagen für Kohle. Die Brechanlage besteht aus 6 Trichtern zu je 30 Tonnen; durch diese Trichter fließt die Kohle nach auf ein Bechwerk, das die Kohle in die Siebe schüttert und von dort auf die Lastwagen. In dieser Anlage wird die Kohle besonders schonend behandelt. Einen der größten Lagerplätze hat die

Haab Kärcher GmbH. Sie betreibt den Kohlen- und -einzelhandel sowie den Mineralölhandel (die Firma hat für ein größeres Gebiet um Karlsruhe herum die Vertretung des Benzolvertriebes). Außerdem wird der Großumschlag für Fremde betrieben. Beide Verladebecken wurden im Krieg zerstört. Aus beiden zusammen wurde eine Verladebrücke wieder behelfsmäßig hergestellt, aber mit ihr kann nicht die ganze Größe des Lagerplatzes bestrichen werden, so daß der Lagerplatz nicht ganz ausgenutzt werden kann.

Auch die Firma **Winschermann GmbH.** betreibt den Kohlen- und -Kleinhandel, sowie den Kraumhandel. Sie hat am Mittelbecken einen Lager-

platz von 36700 qm und zwei Laufkräne.

Schließlich die Firma **Carl August Nieten & Co.** hat Großumschlag in Massenportern wie Holz, Eisen, Eisenblech und in im Kohlen- und -Platzhandel tätig. Sie verfügt über eine ca. 16000 qm große Lagerfläche, eine Koksbrücke und einen 4-5-Tonnen-Kran. Ein eigener Autopark wird für die Belieferung des Platzgedüßes eingesetzt.

Strukturwandel In dem Verhältnis von Anfuhr und Abfuhr hat sich nach dem Krieg ein starker Strukturwandel bemerkbar gemacht. Von 1941 mit 2,7 Mill. Tonnen ging die Güterzufuhr auf 1 Mill. Tonnen im Jahre 1949 zurück, also auf 37%, aber die Güterabfuhr lag 1949 um 30% höher als 1941. Vor Kriegsende mußten im allgemeinen 90% des in Karlsruhe beladen angekommenen Schiffsraumes leer zu Tal fahren, 1949 dagegen konnten mehr als 40% dieses Schiffsraumes

Selbstverständlich fällt bei einer solchen Rundfahrt durch den Hafen an den verschiedensten Stellen die große Leere auf, insbesondere an den Plätzen, die früher dem Kohlenumschlag gedient haben.

Auch das große Gebäude, das der Lagerung von Braunkohle dient, ist wesentlich leerer geworden, obwohl es zum Teil jetzt zur Lagerung von Saperophaht benutzt wird. Wir sahen die moderne Liegeplätze für Braunkohle, aber sie tritt sehr vielweniger in Tätigkeit als im Frieden. Nach der Währungsreform wurde es schwer, das Wiederaufbau der Hafenanlagen zu finanzieren. Der Stadtgericht die Ressourcen verloren und Kredite waren nicht zu beschaffen. Dabei ist auf dem städtischen Gelände des Hafens noch manches wieder zu beschaffen. Es wird daher notwendig sein, niedrig verzinsliche Kredite zu beschaffen, um die Schäden zu beheben und vielleicht auch besondere Einrichtungen zu schaffen, die einen zusätzlichen Umschlag in den Gütern ermöglichen, die einen Ersatz für den verlorengegangenen Kohlenumschlag bringen könnten.

Pflege Die Stadt Karlsruhe steht in dem Hafen den stärksten Aktivposten der Wirtschaft Karlsruhes. Bis jetzt wurde das Hauptgewicht auf den Umschlag im Hafen gelegt, aber man ist sich längst klar darüber, daß der Umschlag unter den jetzt gegebenen Umständen niemals wieder die alte Höhe erreichen kann. Außerdem hat die Entwicklung gezeigt, daß der Umschlag sehr stark schwanken kann, also keine hinreichend sichere Basis für die Ausnutzung der Hafenanlage bringen kann. Darum bemüht man sich jetzt, an der Indu-

triebe, die bereits im Hafen vorhanden ist, und auf die wir dann zu sprechen kommen, neue Industrien anzusiedeln. Das gibt dann eine festere Basis, weil eine aus einmal angelegte Ind. in der ist nicht so leicht abzuwenden kann wie ein Umschlag. Verkehrsverbesserungen sind es immer geben, aber die Industrie bleibt doch im wesentlichen an einen einmal gewählten Standort gebunden, und die Standortfrage ist im Karlsruher Rheinhafen sehr günstig.

Wenden wir uns nun der Industrie auf dem Hafengelände zu. **Schaefer-Werke GmbH.** Im Rheinhafen ansässig. Sie haben in den letzten Jahren vor dem Krieg als Hersteller der Schaefer-Hochleistungsdröbänke in Fachkreisen weitestgehend erlangt. Die stets fortgesetzte Verbesserung der betrieblichen Genauigkeitsschneiddröbänke durch den Mitgründer des Unternehmens, Herrn Otto Schaefer, der bis zu seinem im Jahre 1918 erfolgigen Auscheiden das Unternehmen technisch leitete, begründete den Ruf der Firma. Durch den späteren Ausbau der Fertigung durch neue Konstruktionen und durch den stielst-bereden Arbeitwillen aller Betriebsangehör-

kreide für den Schulbedarf wird hier geschmitten. **Die Firma** **Bausiedler Müller, Glauser, Taxis** wurde im Jahre 1929 in Karlsruhe gegründet. Die Firma beschäftigt zur Zeit eine Belegschaft von 110 Mann. Der Betrieb verfügt in Karlsruhe über drei Lagerplätze mit insgesamt ca. 15.000 qm Lagerfläche in der Innenstadt, Oststadt und im Rheinhafen. Neben der Abteilung Baustoffgroßhandel, mit umfangreichem Kraftwagenpark, werden in der Ausführungs-Abteilung Boden- und Wandplattenbeläge aller Art, Gips- und Stinholz-Estriche, fugenlose Steinhaldeisen, Glastischplatten-Oberflächen und Isolierungen ausgeführt. **Das** **Basenstoffwerk Karlsruhe** gewinnt, wie der Name sagt, Basenstoff, der komprimiert in Stahlflaschen für die Zwecke der autogenen Metallbearbeitung in den Handel gebracht wird. Das Werk hat durch Fliegerangriffe schwere Schäden, ist aber wieder gut im Aufbau, und der Leiter, Herr Hennefeld, glaubt, daß das Werk bald wieder seinen früheren Produktionsumfang haben wird.

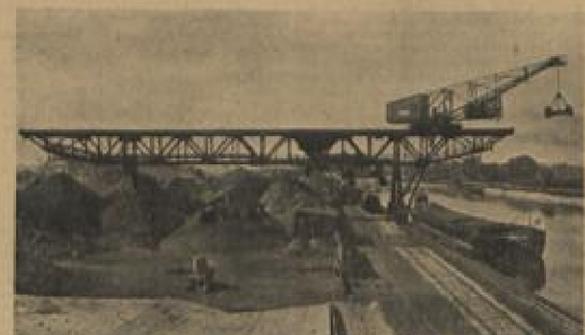
Wir konnten nun zu den Werken, die sich nach dem letzten Krieg im Karlsruher Hafen angesiedelt haben. So erstellte die Maschinen- und Motorenfabrik **Weiser, Loser & Sohn** K.G. früher in Mülhausen — dort aber zerstört — ein beachtliches neues Werk im Rheinhafen in diesem werden besonders Teigwaren-Maschinen von der kleinsten Maschine für Handbetrieb bis zum modernsten Teigwaren-Vollautomaten hergestellt. In den oben Mehl und Flüssigkeit eingeschüttet werden, unten kommen die fertigen Teigwaren heraus. Ferner baut die Firma Knet- und Mischmaschinen für die Nahrungsmittel- und chemische Industrie von 25 bis 300 Liter zur Bearbeitung aller und plastischer Massen. In einer Sonderabteilung werden Elektromotoren von 0,4 bis 25 PS gefertigt, insbesondere Langschmülend- und Getriebeomotoren für Kleinantriebe.

Auch nach dem Kriege ist auf dem Hafengelände ein **Bismutsteinwerk** der Firma Mendinger-Pendel errichtet worden. Der Bismutstein und der Zement kommen per Schiff an und werden an Ort und Stelle zu den bekannten Steinen verarbeitet. Von dieser Fabrik an Rheinhafen geht es heute direkt per Lastwagen an die Baustelle. Eine genaue Kalkulation der Frachten ist hier dringend notwendig. Schon ein geringes Unterbleiben der Lastwagenfrachten kann sehr schnell eine Verchiebung der Kostenverhältnisse und eine Konkurrenzunfähigkeit hervorrufen.

Nach dem Zusammenbruch kam die alte bekannte Stahlhoch- und Brückenbaufirma **J. Gollnow & Sohn** nach Karlsruhe. Für die Absicht der Firma, sich in Karlsruhe zu etablieren, sprach in erster Linie die Tatsache, daß früher vorliegende Brückenbauten in ländlichen Gegenden zum großen Teil auch den Import von Holzern aus südlichen Staaten und Übersee betrieb. Während des Krieges wurden die An-

lagen durch wiederholte Schäden fast völlig zerstört. Der Wiederaufbau wurde besonders durch die Bestimmungen des Wiedergutmachungsgesetzes behindert. Nummer wird aber Zug um Zug wieder aufgebaut, da eine glückliche Begehung mit den Vorbesitzern getroffen werden konnte. Die Firma erzeugt als Spezialität Fußböden aller Art aus In- und ausländischen Holzern und will für diesen Betriebszweig des Wiederaufbaus weiter arbeiten.

Seit 1918 arbeitet auf dem Gelände des Rheinhafens die 1893 gegründete Firma **August Peppier.** Sie stellt reine Leinwand, Mennige- und Schwarzkütle her. Außerdem betreibt sie Kreidmahlwerke. Champagner-Kütle kommt aus Frankreich in großen Büchsen und wird zu verschiedenen feinen Kreiden vermahlen. Auch Tafel-



Verladebrücke I der Firma Stromeyer mit Drehkran.

und Brot finden zu lassen. Die Unternehmungen brauchen ihre Ordnung und ihre Plätze wieder in Ordnung. Die Stadt Karlsruhe stellt den großen Getreidespeicher wieder her, der sowohl eine Silo-Anlage wie Schüttböden enthält. Auch Lagerhallen sind jetzt wieder aufgebaut. Man hat alles getan, um den Hafen in den friedensmäßigen Zustand zu versetzen — aber der Verkehr blieb aus. Durchschonlich wird nur ein Drittel der bestehenden Kapazität ausgenutzt. Das vor 30 Jahren begonnene, tühe Arbeit an Karlsruher Hafen liegt heute in zwei Dritteln brach.

Gründe für den Rückgang

Man muß sich daran erinnern, daß der Umschlag des Hafens Karlsruhe vor diesem Krieg 1,8 Millionen Tonnen und im Jahr 1941 sogar 3 Mill. Tonnen betrug. Im Jahre 1949 dagegen kam der Hafen Karlsruhe nur auf 1,2 Millionen Tonnen. Damit lag der Umschlag von Karlsruhe nicht nur wesentlich niedriger als vor dem Kriege, sondern der Rückgang des Umschlages war in Karlsruhe prozentual größer als in anderen Rheinhäfen in Karlsruhe ging der Umschlag auf 47% in den östlichen Rheinhäfen nur auf 59% des Friedensstandes zurück. Es muß dabei erwähnt werden, daß der Anteil der ausländischen Häfen am Oberrheinverkehr zugenommen hat: im Jahre 1949 veranlagte die Häfen Straßburg und Basel 42% des gesamten Oberrheinverkehrs auf sich, im Jahre 1938 waren es nur 32%. Es ist also eine deutliche Verschiebung von dem deutschen Hafen zu den ausländischen Häfen festzustellen.

Die Gründe aber dafür, daß Karlsruhe besonders stark in seinem Umschlag zurückgegangen ist, sind mannigfaltig. Die Zonengrenze, die knapp 30 km südlich von Karlsruhe begann, nahm diesen Hafen einen Teil des natürlichen Hinterlandes. Nach Aufhebung der Zonengrenze setzte sowohl eine Beladung ein, aber in dem früheren Hauptumschlagort des Hafens, nämlich der Kohle, konnte sich aus anderen Gründen eine Beladung nicht durchsetzen. Über zwei Drittel des Karlsruher Hafensumschlages im Frieden gehörte der Kohle. Heute beträgt dieser Umschlag im Steinkohle kaum noch 15 bis 20% und in Braunkohle etwa 25% des Friedensumschlages. Zwei Gründe sind im wesentlichen dafür maßgebend: erstens wird die Kohle für die französische Zone immer noch größtenteils in Ludwigshafen umgeschlagen. Es besteht jetzt allerdings Aussicht, daß diese Regelung aufgehoben wird und dadurch Karlsruhe wieder Umschlagplatz für die Kohle der südfranzösischen Zone wird. Zweitens hat inzwischen Heilbronn den Kohlenumschlag für Württemberg übernommen. Heilbronn wurde in diese günstige Lage dadurch versetzt, daß es keine Kanalgebühren von Rhein den Neckar hinauf bis Heilbronn zu bezahlen braucht und daß Heilbronn von der Reichsbahn während des Krieges zur Sicherung der Versorgung in den verbotenen Kohlenabfuhrplätzen U I einbezogen wurde und die heute noch hat.

Aussichten auf Besserung

Während am Karlsruhe und Mannheim eine starke Minderungs ihres Beschäftigungsgrades hinnehmen mußten, konnte Heilbronn nicht nur wieder den Verkehr des Jahres 1938 erreichen, son-

Rhein hat eine Senkung der Kosten für Massengüter auf dem Rhein beschlossen. Mit Wirkung vom 1. Juli wird danach der Tarif für Massengüterfrachten zwischen der Ruhr und Karlsruhe von 8,85 auf 8,35 DM pro Tonne (also um 50 Pf.) pro Tonne ermäßigt. Der Frachtausstoß heißt, daß durch die Umkehr der Kohlenfrachten auf dem Wasserweg gesteigert wird. Darüber wird versucht, durch einen internen Ausgleich eine stärkere Beschäftigung der Oberhalbener im Kohlenverkehr zu ermöglichen. Diese Maßnahmen zusammen mit der erwartenden Regelung für Ludwigshafen werden, wie gezeigt, eine Hebung des Kohlenumschlages im Karlsruher Rheinhafen mit sich bringen, aber selbst bei optimistischer Berechnung dürfte sich nach Durchföhrung dieser Regelung Karlsruhe nur etwa die Hälfte des Friedensumschlages an Kohle erreichen. Ein zahlenmäßig hat der Karlsruher Rheinhafen in dem Umschlag der nicht Kohle ist, ungeachtet seiner Friedensmenge wieder erreicht, aber diese Zahl-



Schenk & Schmitzler, wie die Firma vor dem Fliegerangriff aussah.

len sind durch Transporte beeinflusst, deren Bestand keineswegs gesichert ist. Man muß nämlich berücksichtigen, daß ein großer Teil der Reparationsleistungen an Holz über den Karlsruher Rheinhafen ging, was nun schon einige Zeit zu Ende ist. Ferner haben, wie wir noch sehen werden, einige Unternehmen den Schrottschlackel hinzugenommen, um ihre Anlagen auszunutzen zu können. Auch dieser Umschlag ist zeitlich begrenzt und wird früher oder später aufhören. In einigen Gütern konnte ja nach der Umschlag noch gar nicht wieder auf die Friedenshöhe kommen, weil die Anlagen zerstört waren. Wir denken dabei insbesondere an den Getreidespeicher, der ja erst vor einiger Zeit wieder voll in Betrieb genommen werden konnte und dessen Wiederherstellung fast 1 1/2 Mill. DM gekostet hat.

Umschlag und Industrie

Es hat aber nicht an Initiative gefehlt, um den Umschlag zu steigern. Da ist anzudeuten, wie schon erwähnt, darauf hinzuweisen, daß einige Kohlenverhandlungen vorläufig den Schrottschlackel mitübernehmen haben und damit erreichten, daß sowohl die Personal als auch ihre Kräne singulärmaßen

ist dank seiner verkehrsgünstigen Lage, demis ein wichtiger Umschlagplatz nicht nur für Exportgüter, sondern auch für Importe, um sie abzuheben in den südwestdeutschen Raum zu schleppen.

Im Mittelbecken erwarb die Firma

M. Stromeyer Lagerhausgesellschaft, Konstanz, im Jahre 1905 einen 12.000 qm großen Umschlagplatz mit Dampfkranen. Die Umschlaganlage wurde erst im Jahre 1912 an ein neues Gelände mit 21.000 qm am Mittelbecken erworben. Ein Landkran, ein ganz modernes, 1934 erbautes Koksbrückenwerk, ein Saugwerk und Transportbänder für das Beladen von Fahrzeugen vervollständigen die Leistungsfähigkeit des Betriebes, der seit Jahrzehnten unter der Leitung des rührigen Direktors Richter steht, der auch Vorsitzender des Verbandes der Umschlagsbetriebe ist.

Die Firma

Franz Daniel & Co. GmbH. betreibt Massengüter, wie Kohle, Koks, Bricket, Schrot, Kies usw. Ein moderner 5-Tonnen-Kran (1936 gebaut)



J. Gollnow & Sohn — die große Montagehalle für den Brückenbau

Strukturwandel

In dem Verhältnis von Anfuhr und Abfuhr hat sich nach dem Krieg ein starker Strukturwandel bemerkbar gemacht. Von 1941 mit 2,7 Mill. Tonnen ging die Güterzufuhr auf 1 Mill. Tonnen im Jahre 1949 zurück, also auf 37%, aber die Güterabfuhr lag 1949 um 30% höher als 1941. Vor Kriegsende mußten im allgemeinen 90% des in Karlsruhe beladen angekommenen Schiffsraumes leer zu Tal fahren, 1949 dagegen konnten mehr als 40% dieses Schiffsraumes

Selbstverständlich fällt bei einer solchen Rundfahrt durch den Hafen an den verschiedensten Stellen die große Leere auf, insbesondere an den Plätzen, die früher dem Kohlenumschlag gedient haben.

Auch das große Gebäude, das der Lagerung von Braunkohle dient, ist wesentlich leerer geworden, obwohl es zum Teil jetzt zur Lagerung von Saperophaht benutzt wird. Wir sahen die moderne Liegeplätze für Braunkohle, aber sie tritt sehr vielweniger in Tätigkeit als im Frieden. Nach der Währungsreform wurde es schwer, das Wiederaufbau der Hafenanlagen zu finanzieren. Der Stadtgericht die Ressourcen verloren und Kredite waren nicht zu beschaffen. Dabei ist auf dem städtischen Gelände des Hafens noch manches wieder zu beschaffen. Es wird daher notwendig sein, niedrig verzinsliche Kredite zu beschaffen, um die Schäden zu beheben und vielleicht auch besondere Einrichtungen zu schaffen, die einen zusätzlichen Umschlag in den Gütern ermöglichen, die einen Ersatz für den verlorengegangenen Kohlenumschlag bringen könnten.

Pflege

Die Stadt Karlsruhe steht in dem Hafen den stärksten Aktivposten der Wirtschaft Karlsruhes. Bis jetzt wurde das Hauptgewicht auf den Umschlag im Hafen gelegt, aber man ist sich längst klar darüber, daß der Umschlag unter den jetzt gegebenen Umständen niemals wieder die alte Höhe erreichen kann. Außerdem hat die Entwicklung gezeigt, daß der Umschlag sehr stark schwanken kann, also keine hinreichend sichere Basis für die Ausnutzung der Hafenanlage bringen kann. Darum bemüht man sich jetzt, an der Indu-

Die Firma

Mendinger-Pendel Transportgesellschaft mbH, Karlsruhe, als Agens von 14 großen bollendischen Seelinien, betrachtet es als ihre vornehmste Aufgabe, den am Export beteiligten Firmen glatte Schiffsverbindungen nach den Rheinstromhäfen herzustellen, um unter Einschaltung des Rheinstroms die günstigsten Wasserfrachten und damit gute Kalkulationsmöglichkeiten zu bieten. Mehrmals wöchentlich steht neben, wie hochverehrte Industriestützlinge in moderne Motorschiffe umpendelt werden, die diese Güter direkt längsseits an die in Amsterdam/Rotterdam anlaufenden Seeadraper anlanden. Auf diese Weise werden billige Fokien, schnellste Reisezeiten und — bedingt durch die Lohnsenkung in den Seehäfen — schonendste Behandlung der Güter erzielt. Der Hafen Karlsruhe

steht zur Verfügung. Außerdem hat die Firma große Sieb- und Brechanlagen für Kohle. Die Brechanlage besteht aus 6 Trichtern zu je 30 Tonnen; durch diese Trichter fließt die Kohle nach auf ein Bechwerk, das die Kohle in die Siebe schüttert und von dort auf die Lastwagen. In dieser Anlage wird die Kohle besonders schonend behandelt. Einen der größten Lagerplätze hat die

Haab Kärcher GmbH. Sie betreibt den Kohlen- und -einzelhandel sowie den Mineralölhandel (die Firma hat für ein größeres Gebiet um Karlsruhe herum die Vertretung des Benzolvertriebes). Außerdem wird der Großumschlag für Fremde betrieben. Beide Verladebecken wurden im Krieg zerstört. Aus beiden zusammen wurde eine Verladebrücke wieder behelfsmäßig hergestellt, aber mit ihr kann nicht die ganze Größe des Lagerplatzes bestrichen werden, so daß der Lagerplatz nicht ganz ausgenutzt werden kann.

Auch die Firma **Winschermann GmbH.** betreibt den Kohlen- und -Kleinhandel, sowie den Kraumhandel. Sie hat am Mittelbecken einen Lager-

platz von 36700 qm und zwei Laufkräne.

Schließlich die Firma **Carl August Nieten & Co.** hat Großumschlag in Massenportern wie Holz, Eisen, Eisenblech und in im Kohlen- und -Platzhandel tätig. Sie verfügt über eine ca. 16000 qm große Lagerfläche, eine Koksbrücke und einen 4-5-Tonnen-Kran. Ein eigener Autopark wird für die Belieferung des Platzgedüßes eingesetzt.

Strukturwandel In dem Verhältnis von Anfuhr und Abfuhr hat sich nach dem Krieg ein starker Strukturwandel bemerkbar gemacht. Von 1941 mit 2,7 Mill. Tonnen ging die Güterzufuhr auf 1 Mill. Tonnen im Jahre 1949 zurück, also auf 37%, aber die Güterabfuhr lag 1949 um 30% höher als 1941. Vor Kriegsende mußten im allgemeinen 90% des in Karlsruhe beladen angekommenen Schiffsraumes leer zu Tal fahren, 1949 dagegen konnten mehr als 40% dieses Schiffsraumes

Selbstverständlich fällt bei einer solchen Rundfahrt durch den Hafen an den verschiedensten Stellen die große Leere auf, insbesondere an den Plätzen, die früher dem Kohlenumschlag gedient haben.

Auch das große Gebäude, das der Lagerung von Braunkohle dient, ist wesentlich leerer geworden, obwohl es zum Teil jetzt zur Lagerung von Saperophaht benutzt wird. Wir sahen die moderne Liegeplätze für Braunkohle, aber sie tritt sehr vielweniger in Tätigkeit als im Frieden. Nach der Währungsreform wurde es schwer, das Wiederaufbau der Hafenanlagen zu finanzieren. Der Stadtgericht die Ressourcen verloren und Kredite waren nicht zu beschaffen. Dabei ist auf dem städtischen Gelände des Hafens noch manches wieder zu beschaffen. Es wird daher notwendig sein, niedrig verzinsliche Kredite zu beschaffen, um die Schäden zu beheben und vielleicht auch besondere Einrichtungen zu schaffen, die einen zusätzlichen Umschlag in den Gütern ermöglichen, die einen Ersatz für den verlorengegangenen Kohlenumschlag bringen könnten.

Pflege

Die Stadt Karlsruhe steht in dem Hafen den stärksten Aktivposten der Wirtschaft Karlsruhes. Bis jetzt wurde das Hauptgewicht auf den Umschlag im Hafen gelegt, aber man ist sich längst klar darüber, daß der Umschlag unter den jetzt gegebenen Umständen niemals wieder die alte Höhe erreichen kann. Außerdem hat die Entwicklung gezeigt, daß der Umschlag sehr stark schwanken kann, also keine hinreichend sichere Basis für die Ausnutzung der Hafenanlage bringen kann. Darum bemüht man sich jetzt, an der Indu-